

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

49 (27.2.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 30 A ohne Zustellung. Einzelpreis 10 A. Samstag 15 A. — Anzeigen: die einpaltige Zeile 20 A. auswärts 25 A. Reklamen 80 A. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Lustenau 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpplin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. & C. E. Jämliche in Karlsruhe.

Das Befinden des Reichspräsidenten

Im Verlaufe des gestrigen Nachmittags wurden in Berlin und von Berlin aus im ganzen Reich Meldungen verbreitet, die mitteilen, daß im Befinden des Reichspräsidenten eine Besserung eingetreten und zu ernster Sorge Anlaß sei. Eine durch W.B. verbreitete Meldung hatte diesen Wortlaut:

Die behandelnden Ärzte geben über die Erkrankung des Reichspräsidenten folgenden Bericht: Der Reichspräsident erkrankte am Montag, den 23. Februar, ganz plötzlich an einer schweren Blinddarmentzündung, die des nachts eine Operation notwendig machte. Trotz der bald nach der Erkrankung vorgenommenen Operation war der Wurmfortsatz des Blinddarms brandig und in die Bauchhöhle durchgebrochen, jedoch eine allgemeine Bauchfellentzündung voraus. Der Verlauf war bis gestern abend zufriedenstellend.

Wie gewöhnlich am dritten Tag nach der Erkrankung setzte heute Nacht eine Verschlimmerung der Bauchfellentzündung ein, jedoch der Reichspräsident eine unruhige Nacht verbrachte. Heute morgen ist das Befinden besser, doch ist der Zustand ernst.

Wie im Verlaufe des gestrigen Abends berichtet wurde, ist nachmittags eine Besserung eingetreten, doch ist das Befinden des Reichspräsidenten immer noch als ernst zu bezeichnen. Die in der Nacht zum Donnerstag eingetretene Verschlimmerung war derart, daß im Verlaufe der Nacht Frau Ebert und ihre Kinder an das Krankenlager des Patienten gerufen wurden.

Die ersten Nachrichten über das Befinden des Reichspräsidenten riefen ziemlich allgemein aufrichtige Anteilnahme hervor und lösten ernste Sorgen aus. Derzeit bleibt uns nur zu hoffen, daß der Reichspräsident die Krise überwinden und wieder genesen möge.

W.B. Berlin, 26. Febr. Die heutige Reichspräsidentenwahl wurde vom Reichsminister des Innern, Schiele, mit Worten persönlicher Teilnahme an der Erkrankung des Reichspräsidenten erwidert. Der Reichsrat erteilte ihm die Ermächtigung, diese Teilnahme dem Reichspräsidenten persönlich zum Ausdruck zu bringen.

W.B. Berlin, 26. Febr. Der König von Spanien hat dem Reichspräsidenten Ebert folgenden Telegramm geschickt: Ich habe von dem guten Verlauf der Operation Kenntnis erhalten und spreche Ihnen, Herr Reichspräsident, herzlichste Glückwünsche für Ihre volle Wiederherstellung aus. Alfonso.

Berlin, 27. Febr. (Eig. Funddienst.) Am Donnerstag abend um 9 Uhr haben die den Reichspräsidenten behandelnden Ärzte festgestellt, daß die am Nachmittag beobachtete Besserung auch am Abend angehalten hat. Das Fieber war (sogar noch etwas zurückgegangen). Doch kann die Krise noch keine als überwunden bezeichnet werden. Auf alle Fälle war keine Verschlimmerung zu verzeichnen. Der Reichspräsident hat bald nach dem Verlauf der Kräfte im Schlaf, der allerdings unruhig war. Bis Mitternacht war die erwartete Temperatursenkung erkennbarerweise ausgeblieben und die Herzschlagfrequenz durchaus normal. Auch die Störung der Darmtätigkeit nach der Operation ist behoben.

Oberleutnant Nicolai der Organisator der Sensations- und Verleumdungshege

Berlin, 27. Febr. (Eigener Funddienst.) In der neunten Nummer der Zeitschrift „Das Tagebuch“ wird die Frage aufgeworfen, wer der Organisator und Leiter des Sensations- und Verleumdungsheges ist, der in der Reichspresse zum Ausbruch kommt. Insbesondere aus genauer Sachkenntnis werden folgende Fragen gestellt:

1. Ist es wahr, daß alle diese Enthüllungsdationen von einer Zentralkasse, der jener Oberleutnant Nicolai vorsteht, der im Kriege sich als Chef von B.I.I., als Tyrann der Presse und als Regisseur der öffentlichen Meinung so eine Art Unsterblichkeit erworben hat?

2. Ist es wahr, daß Herr Nicolai sich an die Schwereindustrie gewandt hat mit dem Projekt, ein Spionagebüro in ihren großen Stills zur Kompromittierung unerwünschter neuer Mitglieder der deutschen Industrie?

3. Ist es wahr, daß einige Firmen tatsächlich beträchtliche Gelder zur Verfügung gestellt haben, um den ziemlich unangenehmen und kostspieligen Apparat zu unterhalten? Ist es wahr, daß Herr Nicolai seitdem ein ganzes Büro unterhält, das Sensationsmacherei und Presse mit den erforderlichen Unterlagen versorgt?

4. Ist es wahr, daß von dieser Seite her Herr Tennenzopf aus Gernsbach angezogen wurde, der als Angestellter des Hauses Barmer die zur Gründung der staatsanwaltschaftlichen Offensive notwendigen Denunziationen lieferte?

5. Diese Fragen deuten Zusammenhänge an, deren Aufklärung für die Allgemeinheit von größtem Interesse ist. Diese Fragen erfordern vor allem eine Antwort. Wird sie erfolgen?

Gewerkschaften und Handelsverträge

Berlin, 27. Febr. (Eig. Funddienst.) Zu den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen werden neben Vertretern des Handels und der Wirtschaft zum erstenmal auch Vertreter der Gewerkschaften als ständige Mitglieder hinzugezogen werden.

Die Verhandlungen über einen deutsch-französischen Handelsvertrag

Paris, 27. Febr. (Eig. Funddienst.) Staatssekretär Dr. Treudelenburg hat dem französischen Handelsminister, am Donnerstag mittags in einer Unterredung, die Frage einer hohen Stunde dauerte, eine neue 7 Seiten lange Note überreicht, in der nach einem kurzen Rückblick auf den bisherigen Gang der Verhandlungen die Grundzüge der neuen Note skizziert sind, über die sich die beiden Handelsvertragsdelegationen geeinigt haben. Wörtlich bestätigte Staatssekretär Dr. Treudelenburg dem französischen Handelsminister, daß die deutsche Regierung bereit wäre, die in der Note festgelegten Grundlinien zur Grundlage für ein vorläufiges Abkommen zu nehmen, wenn die französische Regierung sich ebenfalls mit diesen Grundlinien einverstanden erklärt. Die Hauptbedingung ist, daß die französische Regierung sich im vorläufigen Handelsabkommen für den endgültigen Handelsvertrag verpflichtet, Deutschland von einem bestimmten Zeitpunkt ab die zollfreie Meistbegünstigung zu gewähren. Dieser Zeitpunkt soll nach näher festgelegt werden. Er soll mit dem Ablauf des 9 Monate vorliegenden vorläufigen Abkommens zusammenfallen. Der französische Handelsminister kennzeichnet die deutschen Vorschläge am Freitag der französischen Regierung unterbreiten. Für Samstag nachmittags ist eine neue Unterredung der beiden Delegationsführer geplant. Man hofft, daß auch Frankreich Entgegenkommen zeigen wird, und daß es zu einer endgültigen Einigung kommt, jedoch am 16. März, wie geplant, die Verhandlungen über die einzelnen Zolltarife aufgenommen und dann rasch zu Ende geführt werden können. Staatssekretär Treudelenburg beschloß, sich am Samstag abend mit der deutschen Delegation nach Berlin zu begeben, um dort in enger Fühlungnahme mit der Regierung die Vorbereitungen für die endgültigen Verhandlungen zu treffen. In den Verhandlungen nach dem 16. März sollen die Einzelheiten des vorläufigen Vertrages, dessen Grundlinien nunmehr feststehen, ausgearbeitet werden. Amritzen sind dabei vor allem nach die Posten Eisen, Wein und Baumwolle.

Die jetzt erzielte grundsätzliche Einigung wird in unterrichteten Kreisen als guten Kompromiß der beiden Auffassungen bezeichnet. Dem auf die Dauer von 9 Monaten vorgesehenen vorläufigen Abkommen soll später ein längerer Übergangsvertrag folgen, ehe der endgültige Handelsvertrag in Kraft tritt. Im vorläufigen Abkommen sind für die Übergangszeit erklärt sich Deutschland mit einer beschränkten unterrichtlichen Behandlung gewisser deutscher Waren einverstanden, die es allerdings weiterhin auch auf gewisse französische Waren anwenden wird. Es ist vorgelesen, daß Deutschland das vorläufige Abkommen innerhalb 2 Monate finalisieren kann, wenn Frankreich durch ein neues Zollgesetz die Deutschland zugewanderte Meistbegünstigung einräumt. Für gewisse eisen-blechtechnische Waren sind beschränkte Vergünstigungen vorgesehen.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Nöte der besetzten Gebiete

Köln, 26. Febr. Der Reichsausschuß für die besetzten Gebiete hielt heute eine Sitzung im Rathaus in Köln ab, die in erster Linie der Aussprache mit dem Vorstand des Bezirkes der Stadt- und Landkreise der besetzten Gebiete diente. Auch die Landgemeinden des besetzten Gebietes waren vertreten. Es kam vor allem die wirtschaftliche Lage des besetzten Gebietes und die damit zusammenhängenden mangelhaften Finanzverhältnisse der Gemeinden dieses Gebietes zur Sprache. Ferner sollten die an die Bevölkerung und die Gemeinden des besetzten Gebietes vom Reich zu zahlenden Entschädigungen Gegenstand der Besprechung. Unter allen Teilnehmern an der Besprechung bestand Uebereinstimmung darüber, daß die wirtschaftliche Lage des besetzten Gebietes dringend Hilfsmittel des Reiches erfordert.

Keine Verminderung der Befugungsstruppen

Deutsche Blätter melden verschiedentlich, daß die französischen Truppen am Rhein im März oder April weiter vermindert würden. Von informierter Seite wird dazu erklärt, daß diese Meldungen unzutreffend seien, am 21. April würden im besetzten Gebiet und am 28. April im Saargebiet die französischen Truppen lediglich der 2. Frontion des Kontingents von 1923 ordnungsgemäß entlassen werden, die aber in gleicher Stärke ersetzt würden.

Protest gegen die Besetzung des Saargebietes
Genf, 27. Febr. (Eig. Funddienst.) Die deutsche Regierung richtet an das Völkerbundsekretariat eine Protestnote gegen die Unrechthaltung der französischen Truppenbesetzung im Saargebiet. Diese Note wird dem Rat bei seiner nächsten Sitzung im März vorgelegt werden.

Ein neues Luftschiffprojekt

London, 26. Febr. Die Presse befragt eingehend das vom Kommandanten Burney entworfene Heberluftschiff, das von einer Luftschiffgarantiegesellschaft gebaut werden soll. Seine Fertigstellung werde für März 1925 erwartet. Das Handelsluftschiff soll außer der Mannschaft 140 Passagiere, die alle in der Höhe des Luftschiffes untergebracht werden sollen, wodurch eine raschere Fahrt mit größerem Aktionsradius, besserem Komfort und mehr Sicherheit als bei den bisher gebauten Luftschiffen erzielt wird. Das Luftschiff soll nach der „Daily News“ in acht bis neun Tagen nach Neuseeland fliegen mit Zwischenlandungen in Bogab und Colombo.

Wahlstatistische Betrachtungen

Von H. Kemmle, Minister des Innern

I.

In Arbeiterkreisen herrscht immer stark die Meinung vor, als ob die Sozialdem. Partei auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland einflussreichsten Einfluß ausüben könne. Ihre zahlenmäßige Stärke gebe ihr dazu die Möglichkeit. Nichts ist falscher als diese Auffassung. Selbst bei der Wahl zur Nationalversammlung im Jahre 1919 vermochte die Sozialdem. Partei eine entscheidende Stellung zum Zwecke der Durchführung ihrer programmatischen Grundzüge nicht zu erringen. Ohne Parteispaltung hätte diesem Ziel vielleicht näher gekommen werden können, so aber dieselbe ganz naturgemäß die Stöckkraft der sozialistischen Bewegung lähmen mußte, war es z. B. wirklich unmögliche Kraftvergebung, das Problem der Sozialisierung durchzubehalten. Es konnte doch wohl ernstlich nicht daran gedacht werden, das etwa die bürgerlichen Parteien die Wirtschaft sozialisieren würden. Und sie hatten in den Parlamenten stets die Mehrheit. Dort aber, wo sie in die Minderheit gedrängt waren, wie in Thüringen und in Sachsen, da war es wiederum die Parteispaltung, die eine Ausübung der Mehrheitsstellung auch dann meist verhinderte, wo es nicht nur, wie bei den Sozialisierungsproblemen, auf die Gestaltung des Reichsrechts ankam.

An Hand der Wahlstatistiken des Badischen Landesstatistischen Amtes, die unter Leitung ihres trefflichen Bearbeiters, des Herrn Oberregierungsrats Dr. Secht, im Laufe der Jahre heraus gekommen sind, sei einmal versucht, eine Wahlbetrachtung zu bieten, die einwandfrei zeigen soll, wie die politischen Verhältnisse aussehen. Dabei gehe ich von zwei Gesichtspunkten aus. Einmal wird untersucht, wie die Sozialdemokratie aus den Wahlen herausging und dann, wie sich nach der politischen Orientierung zur derzeitigen Staatsform die Parteien gruppierten. Die National-Sozialistische, die Deutsch-Völkische und die Deutsch-Nationale Partei sind als rechtserzitterte bürgerliche Parteilinien anzusehen. Sie lebten die republikanische Staatsform grundsätzlich ab. Zentrum und Demokratische Partei stehen auf dem Boden dieser Staatsform, weshalb auch deren Wahlerfolge zusammenzufassen sind. Zwischen diesen beiden Gruppen steht die Deutsche Volkspartei, die der republikanischen Staatsform eine gute Seite abzugewinnen wußte, solange die Wählererschaft stärker nach links orientiert gewesen war, die aber mit der Sozialdemokratie nicht mehr in der Koalition arbeiten zu können glaubt, seitdem das Pendel der politischen Zeitenuhr nach rechts hin ausschlagte. Diese Partei muß man somit für sich allein aufstellen. Schließlich sind die drei Linksparteien — SPD, KPD, und USPD. — in einer Gruppe zusammenzufassen.

Im ehemaligen Reichstagswahlkreis Karlsruhe-Bruchsal hatte die Sozialdemokratie im Jahre 1907 mit ihren 14 430 Stimmen einen Anteil von 37,8 Prozent an den abgegebenen gültigen Stimmen. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1912 steigerte sich dieser Anteil auf 39,3 Prozent; 16 047 Stimmen hatte die Partei errungen. Die Staatsumwälzung brachte das Frauenwahlrecht und eine recht bedeutende Herabsetzung des Wahlalters. Mit 38,6 Prozent war im Jahre 1919 die Sozialdemokratische Partei an der Gesamtzahl gültiger Stimmen bei der Wahl zur Nationalversammlung beteiligt, was 44 836 Stimmen ausmacht. Die USPD. und KPD. waren mit eigenen Listen noch nicht vertreten. Von da aber beginnt für die SPD. die Lebensgeschichte, für die sozialistische Arbeiterbewegung überhaupt die Zeit des Niedergangs. Das sprang damals nicht jedermann in die Augen, denn noch gar sehr drückten die politischen Putsch dem politischen Leben ihr Merkmal auf.

Wir folgen nun bei unsern weiteren Betrachtungen den statistischen Zusammenstellungen, wie sie für die neue Amtsbezirksteilung getroffen ist. Vorangestellt ist das Zahlenbild für den Amtsbezirk Karlsruhe. Stimmberechtigter Wähler waren hier vorhanden bei den Wahlen 1920: 129 411, 1924 (Mai): 143 472, 1924 (Des.) 148 068. Mitgezählt sind hierbei jene Wähler, die aus irgend welchen Gründen ihr Wahlrecht mit Stimmzettel ausübten, also nicht in den Wählerlisten eingetragen waren. (1920: 690, 1924 (Mai) 1 006, 1924 (Des.) 1905.) Läßt man die abgegebenen und gültigen Stimmen außer Anschlag — es sind dies: 1920: 332, 1924 (Mai): 1004, 1924 (Des.) 1087, — dann ergibt sich folgende Zusammenstellung:

	1920	Mai 1924	Des. 1924
Ortsanständige Wähler	128 811	141 969	146 163
Abgeb. gültige Stimmen	94 325	102 450	105 578
Wahlbeteiligung in Prozent	73,2	72,1	72,2

Die Wahlbeteiligung blieb hier ziemlich konstant. Nicht so war dies mit der Verteilung der Stimmen auf die einzelnen Parteien der Fall. Die Deutsch-Nationale Partei mußte bei der Reichswahl 1924 einen Teil der Gefolgschaft weiter nach rechts hin abgeben; ihre Stimmenzahl bewegte sich von 14 724 bei der Wahl 1920 auf 12 681 im Mai und auf 15 108 im Dezember 1924. Der Deutschen Volkspartei erging es dauernd besser, indem ein Teil der bei der Wahl zur Nationalversammlung der demokratischen Partei zugekommenen Stimmen wieder zurück kamen. Mit 6955 Stimmen ist diese Partei bei

der 1920er Wahl beteiligt, diese Stimmenszahl stieg im Mai 1924 auf 16 563 und im Dezember 1924 auf 18 987. Ein Gewinn von rund 12 000 steht hier zu Buch. Die Demokratische Partei verlor in dieser Zeit 6600 Stimmen; sie zählte 1920: 15 446, im Mai 1927: 8352 und bei der jüngsten Wahl 8805 Stimmen. Das Zentrum hat seine Stimmenszahl in diesen drei Etappen von 14 960 auf 17 293 und schließlich auf 17 364 gesteigert. Da in der fraglichen Zeit die Zunahme der ortsansässigen Wähler etwas über 18 000 betrug und da auch die Wahlbeteiligung sich nahezu auf gleicher Höhe hielt, so ergibt sich aus dem Gewinn, den mit Ausnahme der der Demokratischen Partei alle bürgerlichen Parteien zu verzeichnen haben, eine Rechtsorientierung der Wählerschaft. Zusammensetzt drückt sich in Prozenten errechnet und nach Gruppen geordnet die Anteilnahme der politischen Parteien an dem Wahlergebnis folgendermaßen aus:

	1920	Mai 1924	Des. 1924
Rechtsextreme Parteien	15,6	20,0	17,4
Deutsche Volkspartei	7,3	16,1	17,9
Zentrum und Demokratie	32,2	25,0	24,7
Wirtsch. Gruppen	—	7,0	4,8
SPD. und USPD. und KPD.	44,7	31,6	34,8

Seit 1920 ging somit ein Teil der bürgerlichen Wähler über die Deutschnationale Partei und über die Wirtschaftlichen Gruppen hin zur Deutschen Volkspartei, ein anderer Teil löst sich von der Demokratie los, um in den Schoß der Nationalliberalen Partei zurückzukehren. Mit 94 325 im Jahre 1920 und 105 578 im Dezember 1924 abgebenen gültigen Stimmen stellte sich ein Zuwachs derselben von 11 253 Stimmen heraus. Es gewannen aber die bürgerlichen Parteien in dieser Zeit insgesamt 16 692 Stimmen, wovon sich eine Abwanderung ehemaliger sozialistischer Wähler zu den bürgerlichen Parteien ergibt. Im Jahre 1920 stimmten 42 240 Wähler für die drei Linksparteien, im Dezember 1924 dagegen nur 36 831. Inwieweit dieser Abgang zur Partei der Nichtwähler" gins, läßt sich hier weniger klar sehen, als dies a. B. im Wahlkreis Mannheim der Fall ist, worüber von mir dieser Tage in der Mannheimer „Volkstimme" Betrachtungen angestellt wurden.

Die Zahl der Wähler, die für die drei Linksparteien votierten, verteilt sich so:

	1920	Mai 1924	Des. 1924
Sozialdemokratische Partei	24 477	21 769	28 638
USPD.	16 572	636	645
KPD.	1 191	9 983	7 548
	42 240	32 388	36 831

Natürlich trug zu diesem Wahlergebnis die Verantwortung viel bei, die der Sozialdemokratischen Partei aus ihrer Mitarbeit in der Regierungskoalition erwuchs. Man erinnere sich daran, in welcher Weise gerade die Sozialdemokratie für die Inflation und ihre Folgen verantwortlich gemacht worden war, gerade als ob die wirtschaftliche Anordnung gar nichts mit dem Krieg und seinem Zusammenbruch zu tun gehabt hätte. Weit mehr aber als diese Erscheinung trug die Parteienzerfahrenheit und der Zwist innerhalb der sozialistischen Arbeiterklasse zu der Situation der Wählerschaft bei, was sich am schlagendsten aus den für die SPD. allein in Frage kommenden Wahlsiffern erweist. Prozentual gerechnet zeigt sich die Unterlage für diese Annahme noch deutlicher. An dem Wahlergebnis sind beteiligt in Prozent:

	1920	Mai 1924	Des. 1924
SPD.	25,9	21,2	27,1
USPD.	17,5	0,6	0,6
KPD.	1,2	9,7	7,1

Infolge der Parteispaltung verblieben also den links von der SPD. lebenden Parteien 19,7 Prozent Stimmen, wobei dann noch, vom Stand 1920 aus gesehen, 9,9 Prozent überhaupt für die drei Parteien zusammen verloren gingen. Die Sozialdemokratische Partei ist an diesem Verlust nicht beteiligt, vermochte sie doch bei der letzten Wahl ihre Stimmenszahl gegenüber jener von der im Jahre 1920 stattgefundenen Wahl zu steigern. Die Wahl im Mai 1924 hatte ihr den Verlust gebracht. Natürlich ist das nur ein schwacher Trost, wenn man das Wahlergebnis vom Jahre 1919 herüberträgt. Immerhin ist die Tatsache erhellend, daß die KPD., die im Jahre 1920 auf die alte USPD. entfallenen Stimmen nicht auf sich zu vereinigen vermochte, was in anderen Wahlkreisen der Fall war. Der Verlust der KPD. tritt augenfällig in die Erscheinung, wie auch festzuhalten scheint, daß die bürgerlichen Parteien den Höhepunkt ihrer Entwicklung erreicht haben. Die prozentualen Anteilsiffern weisen darauf hin, welche so ausfallen:

	1920	Mai 1924	Des. 1924
Bürgerliche Parteien	55,1	68,1	64,8
Sozialdemokratische Partei	25,9	21,2	27,1
KPD. und USPD.	18,7	10,3	7,7

Die Sozialdemokratie hat hiernach nicht nur die zu den Kommunisten übergegangenen Wähler zurückzubolen, auch den bürgerlichen, insbesondere den ausgesprochenen Rechtsparteien muß sie versuchen, Wähler abzunehmen. Die Möglichkeiten hierfür sind beschränkt. Die politische Entwicklung ist im wesentlichen entscheidend dafür, inwieweit dies gelingt. Mit 27 Prozent steht die „Partei der Nichtwähler" vor uns. Durchgeführte Umfragen lieferten Gründe für die Annahme, daß bei den zwei im vorigen Jahre vollzogenen Wahlen die bürgerlichen Kreise ihr Wahlrecht intensiver ausübten als die Arbeiter. Das ist insbesondere dort der Fall, wo die KPD. stärksten Anhang hat, wodurch die Arbeiterkraft insgesamt in ihrem geschlossenen Aufmarsch gestört wurde. Viele Wähler, die im Mai 1. S. kommunistisch wählten, brachten es im Dezember noch nicht über sich, um wieder sozialdemokratisch zu wählen; sie blieben zu Hause. Die Stadt Karlsruhe a. B. hat im Dezember 1924 eine Wahlbeteiligung von 72,3 Proz., hier stehen neben 18 026 Wählern der Sozialdemokratischen Partei 4797 kommunistische Wähler. In Durlach stieg die Wahlbeteiligung auf rund 89 Proz.; die Kommunisten erzielten hier 642 Stimmen, während es die Sozialdemokratie auf 3474 Stimmen brachte. Während in Karlsruhe das Verhältnis der kommunistischen Stimmen zu den sozialdemokratischen 26,5 Proz. beträgt, ist dieses in Durlach mit 18,4 Proz. für die Sozialdemokratie weit günstiger. In Krieglitz stehen 529 sozialdemokratischen Stimmen 278 (d. i. 52,5 Proz.) kommunistische gegenüber; die Wahlbeteiligung beläuft sich hier auf nur 6,4 Prozent. Auf 100 sozialdemokratische Stimmen entfielen in Söllingen 29,8 kommunistische; die Wahlbeteiligung beträgt hier 74,5 Proz. Eine Ausnahme

bildet Kleinfelbach. Auf 84,0 Proz. beläuft sich hier die Wahlbeteiligung; die KPD. brachte es auf 156, die SPD. nur auf 148 Stimmen. Verhältnisse persönlicher Art stehen hier in Frage. In Teufshneuren, wo letzteres nicht der Fall ist, konnten es die Kommunisten auf 120 Stimmen, neben 218 sozialdemokratischen Stimmen bringen. Hier ist eine Wahlbeteiligung von 61,9 Prozent ausgewiesen.

Die Parteifunktionäre wollen sich die Wahlstatistik nur einmal näher ansehen und sie werden finden, wie viel Wähler bei der nächsten Wahl noch zur Hand geholt werden können. Gegenüber der Wahl vom Mai 1924 ist die KPD. bei der Dezemberwahl schon in vielen Orten des Amtsbezirks Karlsruhe stark zurückgedrängt worden. In Karlsruhe ging die Zahl der kommunistischen Stimmen von 6126 auf 4797 zurück, in Durlach von 1099 auf 642, in Krieglitz von 404 auf 278, wobei die sozialdemokratischen Stimmen von 423 auf 329 stiegen. Wie viel noch aus den Reservaten herausgeholt werden kann, das zeigt Karlsruhe, wo die KPD. vom Mai bis zum Dezember 1924 Stimmen einbüßte, die SPD. aber 4874 Stimmen gewann. Das im einzelnen zu erörtern und daraus die erforderlichen Schlussfolgerungen zu ziehen, sei den Vertrauensleuten der Partei dringend empfohlen. Im Oktober ds. Js. bereits ist Landtagswahl!

Der Kampf gegen die Republik

Ein neuer Sensationschwundel des Karlsruher Tagblatts In dem Kampf gegen die Republik und die Republikaner beginn, ihre Organisationen ist der deutschnationale Presse jedes Mittel der Verleumdung und Entstellung recht. Erst in diesen Tagen haben anlässlich des Reichsbannertages wiederholt Gelegenheiten gehabt, auf die geradezu niederrichtige Art deutschnationaler Verdrehungen hinzuweisen. Mit den gleichen Mitteln, wie es hier geschehen ist, wird auch der Kampf um die Macht in Preußen geführt. Täglich versuchen die Deutschnationalen mit neuen Völkern, die in augenblicklicher preussischer Koalition eine Breche zu schlagen. Die „Deutsche Tageszeitung" zeichnet sich hierbei ganz besonders aus. Am Dienstagabend veröffentlichte sie z. B. eine Entschließung des „Rheinischen Bauernvereins" unter dem besonders auffälligen Titel: „Die Zentrumsbauern gegen den Linkskurs." In dieser Entschließung wird den rebellierenden Abgeordneten des preussischen Zentrums das Vertrauen und der Dank für ihre bisherige Haltung ausgesprochen.

Das „Karlsruher Tagblatt" das unter den Karlsruher Wählern den Reichskurs d. h. den Kampf gegen die Republik in erster Linie propagiert, greift den Hopper natürlich gierig auf. Es siehe die genannte Entschließung an die Spitze seiner gestrigen Morgenausgabe mit der Überschrift in Kapitallettern: „Der Linkskurs im Zentrum". Die rheinisch-westfälischen Bauern gegen Einheitspolitik des Zentrums.

Die Gemeinheit der „Deutschen Tageszeitung", die sich das „Karlsruher Tagblatt" schmeißt zu eigen macht, liegt nun darin, daß sie ihren Lesern den „Rheinischen Bauernverein" als eine Zentrumszweigorganisation schildert; dem das ist der Sinn des von ihr benutzten Titels „Die Zentrumsbauern gegen den Linkskurs". Tatsächlich ist der „Rheinische Bauernverein" eine reine Ständezweiganstalt, die mit dem Zentrum als politische Partei nichts zu tun hat und deren Anhang mindestens zu 80 Prozent aus Deutschnationalen besteht. Das weiß die „Deutsche Tageszeitung" natürlich genau so wie wir, wenn es auch der Herr Major-Redakteur nicht weiß. Wenn sie trotzdem den Hut aufspringt, den „Rheinischen Bauernverein" als Zentrumszweigorganisation hinzustellen, dann zeigt das, mit welcher treuen Mittel die Deutschnationalen den Kampf um die Macht in Preußen führen.

Der Abschied der Oesterreicher von Magdeburg

Magdeburg, 26. Febr. (Eig. Bericht.) Unsere Stadt hat am Dienstagabend noch einmal eine ewigwährende und erhebende Kundgebung für Republik und Freiheit erlebt. Die Oesterreicher verließen als letzte Gäste des großen Reichsbanner-Vandertages die Stadt unter kühnlichen Ovationen fast der gesamten Bevölkerung, die schwarz und dicht die Straßen säumte. Sämtliche Abteilungen des Magdeburger Reichsbanners waren aufmarschiert und gaben den Bundesbrüdern aus Oesterreich das Geleit; vorweg die vereinte 200 Mann starke Musikkapelle der Magdeburger Ortsgruppe, dann inmitten eines geordneten Zuges von rund 8000 Reichsbannerleuten die Oesterreicher, kühnlich begrüßt von der riesigen Menschenmenge. In der Nähe des Bahnhofs wurde das Gedränge geradezu beängstigend. Auf dem großen Bahnhofsplatz standen die Massen Kopf an Kopf, ebenso auf dem Bahnsteig selbst. Als nach dem Einlaufen des Zuges diesem zur Aufnahme der Oesterreicher ein Sonderwagen angeschlossen wurde, war er von der begeisterten Menge im Nu mit Girlanden und schwarz-rot-goldenen Fahnen geschmückt. Unter kühnlichen Ovationen und den Klängen der Reichsbannerfanfare raste der Zug aus der Halle und trug die oesterreichischen Gäste der Heimat entgegen. Die Oesterreicher werden in ihrer Heimat nicht erzählen von einer „kühl abnehmenden Haltung der Bevölkerung", wie es eine verlogene Berichterstattung der monarchistischen und kommunistischen Presse hinzustellen suchte, sondern von einem gewaltigen republikanischen Erleben im Herzen der deutschen Republik.

Wie der „Frankfurter Zeitung" gemeldet wird, haben die Magdeburger Reichsbannerdemonstrationen in Kassel einen starken Eindruck gemacht. Die „Times" und die „Tribune" berichten über sie in halbpalmenartigen Berichten, auch andere Blätter haben ausführliche Meldungen über die republikanische Kundgebung gebracht.

Standalöses Benehmen eines Großkapitalisten

Der Stinnes-Konzern hielt am Mittwoch im Simonshaus in Berlin eine ordentliche Generalversammlung ab, in der die Inflationsgewinne der Gelsenkirchener A. G., der Kuylenburger A. G. und des Bochumer Vereins sanktioniert wurden. Geht auf das Geschäftliche eingegangen wurde, nahm man Gelegenheit, der Opfer auf Beche „Minister Stein" zu gedenken, die ja belamlich zum Stinnes-Konzern gehört. In der Generalversammlung der Gelsenkirchener Bergwerks-A. G. war es Herr Dr. Arthur Salomonsohn, Rechtsanwalt a. D. und Bankier, der Geschäftsinhaber der Discount-Gesellschaft und der Norddeutschen Bank, Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank, Vor-

sitzender des Aufsichtsrats der Gelsenkirchener Bergwerks-A. G. und anderer Eisenbergwerke, sowie Mitglied von 37 in Buchstaben siebenunddreißig Aktiengesellschaften, der das Wort zur Erklärung des Unglücks auf Beche „Minister Stein" ergießt.

Den Anwesenden, die auch nur ein wenig Ahnung von Bergmännischen Dingen hatten, blieb vor Stutzen der Atem aus, als sie die Rede des 77jährigen Aufsichtsratsmitgliedes hörten. Ausgerechnet Herr Dr. Arthur Salomonsohn führte nämlich aus, daß auf „Minister Stein" „alle überhaupt denkbaren Vorsichtsmaßnahmen getroffen gewesen wären", dann erklärte er das Unglück „durch realemenswidriges Verhalten der Belegschaft". Selbst eingeleitete kapitalistische Interessenvertreter waren vor Stutzen sprachlos und Herr Brandl, Bergassessor und Leiter der Beche „Minister Stein" sah sich gezwungen, die falschen und unwahren Angaben Salomonsohns richtigzustellen. Er widerlegte dessen Ausführungen durch den Hinweis, daß es sich um einen „Anschuß" gehandelt habe und „das Unglück durch Leichtsinn der Belegschaft nicht erklärt werden kann".

Es ist nicht unsere Aufgabe, heute den wahren Ursachen des Unglücks, die wir zum Teil in dem wieder in Mode gekommenen Antreibersystem sehen, nachzuforschen. Wir begnügen uns mit der Wiebergabe des Vortrages aus einer Generalversammlung des Stinnes-Konzerns, die nicht für den genannten Konzern, sondern für den ganzen heutigen deutschen Kapitalismus kennzeichnend ist.

Zur Krise in Preußen

Der Geschäftsratsausschuß des preussischen Landtages beschäftigte sich am Mittwoch u. a. auch mit der vom Landestagrat aufgeworfenen Frage, ob klare Bestimmungen in der Geschäftsordnung darüber notwendig sind, was ein Vertrauens- und ein Mißtrauens-Antrag ist. Der Ausschuß beschloß, dem Landtag die Aufnahme der Zustimmung in der Geschäftsordnung zu empfehlen. „Der Antrag auf Entziehung des Vertrauens muß folgenden Wortlaut haben: Der Landtag entzieht dem Staatsministerium (dem Minister — Amtsbefugnisse und Namen —) das Vertrauen." Heber die Art der Bekämpfung des Vertrauens gemäß Artikel 57 der Verfassung erklärte sich der Ausschuß für nicht zuständig und empfahl, die Frage dem Verfassungsausschuß zu überweisen.

Von der Krise im Zentrum

Wien, 26. Febr. (Eig. Bericht.) Die „Rheinische Volkswacht", das offizielle Wiener Zentrumorgan, wendet sich am Mittwochabend mit großer Schärfe gegen die rheinischen landwirtschaftlichen Zentrumskreise, die die Politik der beiden Zentrumsparlamentarier Lennox und von Papen unterstützen. Das Blatt gibt zu, daß die Vertretung in der Zentrumspartei derzeit tiefer liegt, als offen von Staltungsstellen, und von einem „Anschluß an die Bayerische Volkspartei" gesprochen werde. Weiter wird nicht bestritten, daß bereits vor einiger Zeit Verhandlungen zwischen landwirtschaftlichen Kreisen des rheinischen Zentrums und der Bayerischen Volkspartei stattgefunden haben.

Das Blatt schreibt dann: „Eine Frage können wir zum Schluß nicht unterdrücken: Weshalb haben die hier in Frage kommenden Landwirte nicht bereits in den Jahren 1922, 1923 und 1924, also in einer Zeit, als das Amt des preussischen Ministerpräsidenten und mehrere Ministerposten mit Sozialdemokraten besetzt waren und die Deutsche Volkspartei mit dem Zentrum im Reichsministerium getreten war, diesen Zustand für unmöglich gehalten?"

Kurdenaufstand in der Türkei

Konstantinopel, 26. Febr. (Eig. Bericht.) Im Osten des türkischen Reiches ist plötzlich ein kurdischer Aufstand ausgebrochen. Das Ziel dieses Aufstandes ist die Errichtung eines kurdischen Reiches, an dessen Spitze der Stammesepik der Selim Effendi als Sultan stehen soll. 3000 kurdische Krieger sind unter der Führung von Jusuf Ila aus den Bergen aufgebroschen und bereits am Mittwochmorgen in Diarbekir eingetroffen. Die kurdischen Krieger haben sofort den Belagerungszustand über die türkischen Stammesgebiete verhängt und militärische Maßnahmen getroffen.

Dieser Aufstand hat infolgedessen eine über den rein türkischen Interessenskreis hinausgehende Bedeutung, als mit der Errichtung eines kurdischen Königreiches Konflikte mit Persien nicht zu umgehen sind. Die Kurden sind ein großer Nomadenstamm, dessen weite Gebiete bis in den nordwestlichen Teil Persiens hineinreichen. Dieser Umstand hat in früheren Jahrzehnten schon außerordentlich langwierige Grenzstreitigkeiten zwischen Persien und der Türkei bereitet. Ein kurdisches Königreich ohne Besitzansprüche auf persisches Gebiet ist kaum denkbar.

Aus dem preussischen Untersuchungsausschuß

Berlin, 26. Febr. (Eig. Bericht.) Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags zur Aufklärung der Kreditgeschäfte der Staatsbank wurde am Mittwoch zunächst General a. D. v. Eisingen, Aufsichtsrat und Berater im Reichsbank-Konzern, über das Schiedsrichteramt benannt, das feinerzeit die beiden Direktoren der Preussischen Staatsbank, Dr. Helwig und Dr. Nölke, auszuwählen haben. Der Hauptklägler in dem zu schließenden Streitfall war die Privat- und Handelsbank des Reichsbank-Konzerns. Das Schiedsgericht durch Angehörte der Staatsbank ist ein Aufsteiger vor. Dieser Vorschlag wurde schließlich angenommen. Während aber vor dem Schiedsgericht ist, behandelte der Zeuge, von einer Honorierung der Schiedsrichter nicht die Rede gewesen. Aber jeder der im Wirtschaftsleben steht, weiß, daß Schiedsgerichte honoriert werden, und zwar verhältnismäßig hoch. Nach dem Schiedsgericht beauftragte Nölke mich, die Frage der Schiedsgerichtsgebühren zu regeln. Ich wies die Herren Dr. Helwig und Dr. Nölke, die eine Forderung nicht stellen wollten, darauf hin, daß die Gebühren berechnigt seien; sie möchten den Präsidenten fragen. Sie erwiderten, der Präsident habe schon nach dem Gebührensatz gefragt. Die Staatsbank hat also mit einem Honorar einverstanden. Ich habe dann Herrn Nölke den Satz von 20 000 M für jeden Herrn vorgelesen. Bei dem recht hohen Gebührensatz hätte sich bei genauer Ausrechnung ungefähr 56 000 M den Schiedsrichtern die zwei bis dreifachen Gebühren eines Anwalts in der Berufungssinstanz zu gewähren. Das die beiden Schiedsrichter außerdem vom Ansteller ein Honorar von je 12 000 M erhalten haben, will der Zeuge erst in allerletzter Zeit erfahren haben.

Vor. Dr. Eisinger: Haben die Herren nicht Bedenken wegen der Höhe des Honorars geäußert? — Zeuge v. Eisingen: Herr Nölke meinte wohl, das sei doch sehr viel. Er sagte das so, als wenn man einer Dame hundert Pfund schenkt und sie meint dann, das wäre doch zu kostbar. — Vor. Dr. Helwig: Nimmt sie doch. — Zeuge: Jawohl (Seitens). — Der Zeuge

Öffentliche Auflegung der Steuerlisten

Ein wichtiger sozialdemokratischer Antrag im Reichstage

bezeichnet weiter das Honorar nach seiner Meinung als nicht unerschwinglich hoch, denn die beiden Schiedsrichter hätten auch eine lange und anstrengende Arbeit zu leisten gehabt. Die Verhandlungen hätten zwei Tage in Anspruch genommen. Um die Unterlagen für die schwierigen Zusicherungen zu schaffen, hätten Unterbeamte der Staatsbank umfangreiche Berechnungen angestellt.

Abg. Dr. Babi (Soz.): Dann ist die wesentliche Arbeit also von diesen Unterbeamten geleistet worden, die dafür keine Entschädigung erhalten haben? Ist es denn nach den Dienstvorschriften der Staatsbank zulässig, daß Unterbeamte zu solchen Arbeiten von höheren Beamten in Anspruch genommen werden, die in diesem Falle einen privaten guten Lebensunterhalt verdienen? — Staatsbankpräsident Schröder erklärt dazu, er erlaube erst jetzt von dieser Finanzmaßnahme der Unterbeamten und werde nähere Erfindungen einreichen.

Auf die Frage, ob dem Zeugen nicht bekannt war, daß die Herren Babi und Böhmig einen entscheidenden Einfluß auf die Kreditgewährung hatten, erklärt der Zeuge v. Pöschke: Für Michael hätten die Kredite der Staatsbank in jener Zeit gar keine Rolle gespielt. Die Honorierung der beiden Herren sei aus dem Besonderen nicht besonders auffällig, weil in der Inflationszeit, wo die Beamten unmöglich mit ihrem künftigen Gehalt auskommen konnten, die Ministerien und Behörden selbst verurteilt hätten, man solle jetzt im Gegenteil auf der Leistung der Beamten keine Schwierigkeiten bei der Übernomme von Lebensverdiensten machen. — Abg. Dieb (Ztr.) betont, es sei auffällig, daß die Staatsbank, die an dem Streitfall Michael-Rutisler durchaus desinteressiert war, die Durchführung des Schiedspruchs dadurch erleichterte, daß sie den bekannten Wechsel über 1,8 Millionen diskontierte.

Darauf kam die Wohnungsangelegenheit des Henry Barmat zur Erörterung. Darüber lag dem Ausschuss ein schriftlicher Bericht des Oberpräsidiums vor, den ein Oberregierungsrat Dr. Krüger angefertigt hatte. Dieser Bericht stellt die Angelegenheit sehr abfällig dar. Umso interessanter waren die Bemerkungen des Staatssekretärs Thiene über die Öffentlichkeit des Verfahrens, wodurch der Ausschuss nach der rechtsstehenden Seite mit Hilfe der öffentlichen Beamten in „Barmat-Skandal“ gemacht wird. Denn der Zeuge sagte aus, daß er von dem Oberregierungsrat in jeder Weise beim Zustandekommen des Berichts beeinflusst worden sei. Der Oberregierungsrat habe ihm bei seiner Vernehmung auf dem Oberpräsidium zunächst erklärt, er, Thiene, sei doch ein gewöhnlicher Beamter. Dann aber, als die Aussagen nicht ein wenig für Barmat und die badiischen Beamten ausfielen als er wohl erwartet hatte, habe der Regierungsrat erzählt und gereizt davon gesprochen, Thiene hätte ein Disziplinärverfahren zu erwarten.

In der Nachmittags-Sitzung wurde zunächst der stellvertretende Direktor am Wohnungsamt Charlottenburg, Baurat Thiede, vernommen. Es habe sich, so sagt dieser Zeuge aus, bei dem Fall Henry Barmat, um die Zahlung eines Kauflohnzuschusses gehandelt. Es wurde ein Aufschlagsberechnungsschein des Zentralwohnungsamtes vorgelegt, auf dem auch der Vermerk stand: „Für eine Kauflohnzuschusswohnung“. Daher konnte ein vorläufiger Wohnungsberechtigungsschein erteilt werden. Mit Stadtrat Strich hat der Zeuge über die Abfertigungsumme für vier überaus kleine Zimmer gesprochen. Er der Zeuge habe 10 000 M. vorgelegt. Strich habe aber gesagt, die Zeuge habe 20 000 M. vorgelegt. Der Vertreter Barmats wurde aber von der Summe etwas abgezogen; schließlich wurde 8000 M. angesetzt. — Auf eine Frage des Abg. Dr. Babi (Soz.) befragte der Zeuge, daß die übrige Abfertigungssumme pro Zimmer 1000 M. betrage, habe er sich nicht erinnern können, die geschätzte Lage, ging man auf 500 M. zurück. Die Summe von 8000 für vier Zimmer vor etwas Aufhegehenswürdiges, das war für mich sozusagen das höchste der Gefühle. — Direktor Wiltz (Zentralamt für Wohnungswesen) betonte: Im Falle Barmat lag gar keine Veranlassung zur Abweisung vor, da es sich einmal nur um einen Wohnungsberechtigungsschein für eine Kauflohnzuschusswohnung handelte, und da andererseits Empfehlungsschreiben von der Staatsbank, dem Minister Höfle, sowie dem Abg. Ränge, Bogemann vorlagen. Nach einer Verlegung des Wohlfahrtsministers sollten auch die Wohnungsverechtigungsämter auswärts nicht grundsätzlich verweigert werden, wenn die vorgelegten Dokumente berücksichtigt warden. — Um halb 5 Uhr wurde die Fortsetzung der Verhandlung auf Montag 1 Uhr nachmittags vertagt.

Die deutsche Fische vor Gericht

Leipzig, 26. Febr. Die Verlesung des Protokolls erregt nichts wesentlich Neues. Hierauf kommt unter Protest des Angeklagten Böge, der ebenfalls jede Aussage verweigert, ein Geständnis zur Verlesung, das Böge als Zeuge in der badiischen Sache vor dem Untersuchungsrichter Dr. Jung ablegte. Darin äußert sich Böge ausdrücklich über die Paritätbewegung und den Ausbau der Roten Armee, deren Organisation an Hand eines Aufreißers und eines Russen namens August Kleine lag. Böge selbst bildete eine Gruppe in Leipzig, die aber nicht in Tätigkeit war. In dem Geständnis äußert sich Böge weiter über seine Tätigkeit bis zur Aufnahme in die Gruppe, was in großen Zügen bereits bekannt ist. In Stuttgart sollte er ein Arbeiter-Telegramm- und Zunftwesen organisieren. Er wurde aber, da er keine Sozialkenntnis hatte, zurückgeschickt.

Die Sitzung wurde abends unterbrochen, da Böge nicht mehr folgen kann. Die Sachverständigen werden beauftragt, den Angeklagten zu untersuchen. Der Vorsitzende beginnt mit der Mitteilung des Gerichts dem Saal verlassen hat, nunmehr gewisse Mitbestimmungen zu bestehen seien. Es seien ernannt worden die Rechtsanwältin Dr. Drechsler, Dr. Nischel, Dr. Diebler und Dr. Blume. Hierauf fährt der Vorsitzende mit der Verlesung des Geständnisses des Angeklagten Sion fort. Dieser erklärt jedoch, jede Aussage dazu zu verweigern.

Die ärztliche Untersuchung erlaubt die Verhandlungsfähigkeit Böges. Hierauf soll der Angeklagte Mörsner vernommen werden, der ebenfalls jede Aussage verweigert. Einer Anregung des Reichsanwalts, zunächst die Angeklagten König und Diener zu vernahmen, die sich bereit erklärten, Aussagen zu machen, gibt das Gericht nicht statt. Darauf werden auf Antrag des Reichsanwalts zwecks Beweisaufnahme die Protokolle verlesen. Mörsner erklärte dann, er sei leiblich noch krankhaft a. M. verpflichtet worden. Von weiteren Vernehmungen sei nicht die Rede gewesen. Das Schmeichelei habe er auf die Anweisungen unterwies besessen. Da Böge nicht er unterwies beobachtet, habe er sich keine Gedanken gemacht.

In der Nachmittags-Sitzung sollen die Aussagen verlesen werden, solange ihre Wahlverteidiger nicht ausgereicht sind. Aus den Protokollen ergibt sich, daß die Elemente jede Kenntnis der Absichten der Berliner Genossen bestritten. Herr Vesniffe will insbesondere nichts davon gewußt haben, daß Babel erkrankt werden sollte. Er habe von Neumann nur den Auftrag erhalten, den Genossen Gelegenheit zu geben, Babel kennen zu lernen, was Neumann auch bestritt. Entschuldigende trübere Aussagen des Angeklagten König schränkt Neumann heute ein. Er bezeichnet sie als Schlussfolgerungen. — Die Verhandlung wird auf morgen vertagt, gleichfalls, ob die Wahlverteidiger erscheinen oder nicht.

Staatssekretär Popitz hat kürzlich im Steueraussschuß des Reichstags festgestellt, daß die Steuerreform in Deutschland fortgeschritten sei. Es ist wertvoll, daß das von so hoher Stelle aus anerkannt wird. Dr. Popitz aber hat daraus die eigentümliche Folgerung gezogen, daß die Steuerleistung gesenkt werden müsse. Wir halten diesen Weg, die Steuerreform zu verbessern, für falsch. Durch ihn wird zwar erreicht, daß die Steuerleistung des gesamten Reiches ermäßigt wird. Keinesfalls aber ist er ein Schutz des Reiches vor unehrllicher Steuerzahlung und ebenso wenig wird durch ihn der ehrliche Steuerzahler geschützt.

Das ist aber eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben. Jeder Steuerpflichtige hat ein Recht, zu verlangen, daß die Steuerleistung bei gleichen Voraussetzungen gleich hoch ist und daß der unehrlliche Steuerzahler nicht besser gestellt ist als der ehrliche. Bei der heutigen steuerlichen Belastung ist die Verschiedenheit in der Steuerleistung sonst wirtschaftlich und moralisch unerträglich. Wie die Erfahrungen der letzten Jahre aber gezeigt haben, ist eine ehrliche Steuerleistung mit den bisherigen Methoden nicht zu erzielen. Die Reizung, durch falsche Angaben, besonders aber durch völlig unberücksichtigte Organisationsgestaltung der Unternehmungen, die Steuerleistung zu vermindern, ist so tief eingegriffen, daß sie nur mit den schärfsten Mitteln zu beseitigen ist.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb einen Antrag auf Offenlegung der Steuerlisten gestellt. Sie wiederholt damit eine alte Forderung, die bisher immer von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden ist, zuletzt bei der Beratung des Geldwertengesetzes im März 1923.

Der oberste Grundbaß jeder modernen Steuerreform ist die Vereinfachung der Steuerlasten nach der Leistungsfähigkeit, kann nicht allein durch eine entsprechende Gestaltung der einzelnen Steuerarten verwirklicht werden. Kein Steuerreformgesetz kann so fein ausgearbeitet werden, daß keine Lücken mehr bleiben, die dem finsternen Steuerpflichtigen nachher eine Umgehung ermöglichen. Deshalb müssen Garantien geschaffen werden, daß auch die Anwendung der Gesetze bei der Steuerbeantragung die gleichmäßige Steuerleistung sichert. Diese Garantien können die Steuerbehörden allein nicht übernehmen. Während es ihnen bei strengen Steuerpflichtigen leicht möglich ist, die Bestimmungen der Steuerregeln streng durchzuführen, sind sie dieser Aufgabe gegenüber großen Steuerpflichtigen und den

Konzernen meist nicht gewachsen. Die steuerlichen Verhältnisse großer Einkommen und Vermögen sind meist überaus kompliziert. Aber auch die gesellschaftliche Macht solcher großen Steuerpflichtigen schützt vor allem in kleineren Städten und auf dem Lande die Steuerbehörden oft ein, so daß sie gar nicht wagen, die Gesetze streng anzuwenden. Die Folge ist dann, daß diese Steuerpflichtigen zu den Steuerlasten herangezogen werden wie die kleinen Einkommen und Vermögen.

Es bleibt hier nur ein Weg, die strenge Durchführung der Steuerregeln auch gegenüber großen Steuerpflichtigen zu sichern: Durch Offenlegung der Steuerlisten an der Beantragung im Wege der Offenlegung der Steuerpflichtigen, sein Einkommen und Vermögen richtig zu versteuern, um nicht vor aller Welt als Steuerhinterzieher dazustehen. Die Öffentlichkeit hat ein besseres Urteil für die Leistungsfähigkeit auch bei bedeutenden Einkommen und Vermögen und zwar um so mehr, weil die Offenlegung aller Steuerlisten entsprechende Vergleiche mit den Listen anderer Steuerpflichtiger ermöglicht. Überall wo man daher zur Offenlegung der Steuerlisten übergegangen ist, hat sich aufs deutlichste gezeigt, in welchem Maße bisher gerade die wohlhabenden Klassen sich ihrer vollen Steuerpflicht entzogen. Ein letztes Beispiel dafür bieten die Vereinigten Staaten von Amerika, in denen neuerdings die Offenlegung der Steuerlisten erfolgt ist. Das Ergebnis war dort geradezu ungeheuerlich und löste gerechte Empörung aus. Denn es zeigte sich mit einem Schlags, wie verhältnismäßig gering die Steuerleistungen der großen Steuerpflichtigen waren, in welchem Umfange die reichen Leute bisher Steuern zu hinterziehen wußten.

Die Verhältnisse in Deutschland aber machen die Offenlegung der Steuerlisten noch viel nötiger. Mehr als in anderen Ländern bedeutet sie bei uns die Beseitigung eines Sonderrechts der bestehenden Klassen. Denn dank der Lohnsteuer gibt es für den deutschen Arbeiter seit langem kein Steuergeheimnis mehr. Aber während die Arbeiter jahraus jahrein ihre Steuern bis auf den letzten Pfennig zahlen mußten, hat das Steuergeheimnis der Bestehenden zu einer immer größeren Korruption, zu einem immer stärkeren Sinken der Steuermoral geführt. Die anglicke Wahrung des Steuergeheimnisses hat bisher verhindert, der Öffentlichkeit zu zeigen, welchen Umfang der Steuerbeitrag bei uns angenommen hat.

Leipzig, 26. Febr. Zu der Verhandlung sind außer den Staatsanwälten auch die Wahlverteidiger erschienen. Rechtsanwältin Semler kommt etwas später, ohne am Verlesung des Saales verhindert zu werden. Auf Antrag des Reichsanwalts Kolenfeld verlassen darauf die Staatsanwälte den Saal. Sodann wird der Angeklagte Neus vernommen. Er wurde als erstes Mitglied der Gruppe „Sons“ verpflichtet behauptet aber, das sei nicht unter Verlesung der bekannten Normen „erledigen“ habe man Neus nicht gefast. Das die Gruppe „Sons“ im Besitz von Sprengstoffen und Munition gewesen sei, habe er nicht gemut. Ein Post mit Basillen habe Neumann in seine Wohnung gebracht, ohne etwas über den Inhalt zu sagen. Weiter erklärte Neus, er habe angenommen, daß Hellmuth der Geldgeber sei; von der russischen Postkarte habe er aber nichts gewußt.

Aus dem Freistaat Baden

Die Reichsbahn in Baden vor ihrer Elektrifizierung

In der Donnerstags-Sitzung des Badischen Landtags machte Finanzminister Dr. Köhler bei der Beantwortung der Anfragen über das Schicksal der bedeutenden Mittelung, daß in den nächsten Tagen Verhandlungen mit der Bauverwaltung der Reichsbahn beginnen, um in der Frage der Elektrifizierung der badischen Bahnen einen Anfang zu machen. Bekanntlich war Baden einer der ersten deutschen Staaten, die der Frage der Elektrifizierung der Bahnen nähertraten und durch die Einrichtung des elektrischen Betriebs auf der Wiesentalbahn lange vor dem Krieges ihr auch praktisch näher traten. Bei den damals noch verhältnismäßig geringen Erfahrungen der Elektrifizierung des Volkstrassenverkehrs, mußte dieser Versuch als Wagnis bezeichnet werden, mit dem man sich nur auf eine in sich abgeschlossene Nebenstrecke begeben durfte. Heute nach einem Vierteljahrhundert elektrischer Zugförderung stellt sich der elektrische Zugbetrieb als ein dem Dampftrieb in Leistung und Betriebssicherheit ebenbürtiges Verkehrsmittel dar, das bereits in bemerkenswertem Umfang dort, wo günstige Verhältnisse seine Einführung erleichterten, den Dampftrieb verdrängt hat.

Die Wirtschaftlichkeit des elektrischen Zugbetriebs hängt nun hauptsächlich von zwei Faktoren ab: dem Strompreis oder besser gesagt seinem Verhältnis zum Kohlenpreis und dem Kohlenpreis bezw. Kohlenverbrauch. Es ist klar, daß die Jahreskosten des elektrischen Betriebs umso niedriger sein werden, je niedriger der Strompreis ist. Der elektrische Betrieb hat deshalb vorzugsweise in jenen Ländern Eingang gefunden, wo billiger Strom erzeugt werden kann, d. h. wo billige Energiequellen insbesondere Wasserkraft vorhanden sind. Auch in Baden kommen für die Stromerzeugung in erster Linie seine Wasserkraft in Betracht. Die Jahresarbeit aller ausbaufähigen Wasserkraftwerke in Baden auf 4,5 Milliarden kWh geschätzt, gegenüber 12 Milliarden in Bayern und 28 Milliarden in Deutschland überhaupt. Den Hauptanteil an der jährlichen Erzeugung liefern die Wasserkraftwerke am Oberrhein von Konstanz bis Rembs und dann an zweiter Stelle die Gebrüderwerke des Schwarzwaldes.

Der weitaus größte Teil der gesamten elektrischen Arbeit für den Zugbetrieb wird aus den nicht speicherfähigen Rheinstromwerken bezogen werden, wobei der Preis für den Stromstrom in der Hauptsache von den Stromkosten dieser Werke abhängig ist. Neben dem äußerst billigen Strom, den die Oberkraftwerke liefern, stellen sich auch die Kosten des in den Speicherverken des Schwarzwaldes erzeugten Stromes wegen der auch hier vorliegenden günstigen Bedingungen verhältnismäßig billig, wobei in Baden der Bahnstrom zu niedrigem Preise erzeugt werden kann.

Die Wirtschaftlichkeit des elektrischen Betriebs auf einer Strecke ist aber noch weiter abhängig von dem Stromverbrauch bezw. dem Kohlenverbrauch. Je größer dieser Verbrauch ist, umso mehr wird an Kohlenkosten beim Uebertrag von Dampftrieb auf elektrischen Betrieb gespart. Es ist erregend worden, daß die Strecken Mannheim-Pafel, Mannheim-Weidenberg, Weidenberg-Karlsruhe, Graben-Mühlacker wirtschaftlich

sind, während die Verbrauchszahlen der übrigen Strecken mehr oder weniger unter der wirtschaftlichen Verbrauchsziffer liegen. Bei Einführung des elektrischen Zugbetriebs auf den neuen badiischen Strecken würden nach einer für das Jahr 1921 aufgestellten Berechnung insgesamt 470 000 Tonnen Kohlen mit einem nach dem Vorkriegspreis errechneten Gesamtkostenbetrag von 9 Millionen Mark gespart. Dabei ist der Verschubdienst auf den großen Rangierbahnhöfen in die Elektrifizierung nicht mit einbezogen. Ohne Berücksichtigung der Kosten für die elektrischen Lokomotiven würde der Kohlenaufwand für die Elektrifizierung der neuen badiischen Strecken unter Quarüberlegung der augenblicklichen Preise sich auf etwa 80 Millionen Mark belaufen. (Ein weiterer Artikel folgt.)

Die Erhaltung der Selbständigkeit der badiischen Rheinbahn

Die badiische und die badenische Regierung haben nach vor Jahresfrist und dem gemäß § 1 Ziffer 3 des Staatsvertrages über den Uebertrag des Staatseisenbahnen auf das Reich vorbehalten Rechte, die Hafenanlagen in Mannheim, Rheinau, Aehl und Ludwigshafen a. Rh. von dem Uebertrag an das Reich auszuschließen, Gebrauch gemacht. Nunmehr sind zwischen den beteiligten Länderregierungen, der Reichsregierung und der Deutschen Reichsbahn folgende Vereinbarungen getroffen worden:

1. Die Länder haben sich vorbehalten, zur Bedienung der Hafenanlagen ein selbständiges Unternehmen zu bilden.
2. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft übernimmt die Ausführung des Eisenbahnbetriebs in den Hafenanlagen und den Anschlußgleisen auf Grund eines noch abzuschließenden Betriebsvertrages.
3. Die Reichsbahn wird ihre persönlichen und sachlichen Leistungen für die Hafenanlagen mit den Selbstkosten in Rechnung stellen, jedoch nicht für bestimmte Leistungen feste Pauschalgebühren vereinbart oder von der Reichsbahn besondere Gebühren erhoben werden, durch die diese Leistungen als abgeholten zu erachten sind. Besondere Verwaltungskosten werden nicht angerechnet.

Die neuen Betriebsverträge sollen bereits am 1. April in Kraft treten.

Soziales

Die Kriegesbeschädigten sollen es büssen

Vom Reichsbund der Kriegesbeschädigten wird uns gemeldet: Durch eine offenbar offiziöse Notiz, die in der letzten Woche veröffentlicht wurde, ist bekannt geworden, daß die Reichsbahn mit Wirkung vom 1. April 1925 eine den Schwerkriegesbeschädigten zugeordnete Fahrpreisermäßigung befehlen will. Es soll künftig nicht mehr möglich sein, daß Schwerkriegesbeschädigte, die wegen ihres Kriegeslebens oder einer schweren Amputation längeres Stehen nicht verrichten können, zum Fahrpreis dritter Klasse in der dritten Wagenklasse Platz nehmen können. Auch andere Fahrpreisermäßigungen, wie für die Beförderung erholungsbedürftiger Kinder, sollen beseitigt werden. Der Reichsbund der Kriegesbeschädigten hat das Reichsarbeitsministerium ersucht, gegen diese geplante Maßnahme die geeigneten Schritte bei der Tarifkommission und bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn zu unternehmen, damit im letzten Augenblick die unsoziale Maßnahme verhindert wird. Nebenfalls kann folgender Tatbestand nicht von der Unmöglichkeit der Ermäßigung für Kriegesbeschädigte zeugen:

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft hat den Direktoren (Abteilungsleitern) der Hauptverwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft Sonderzulagen von 7500 bis 12 000 M. und Dienstaufwandsgehälter von 8000 bis 12 000 M. neben ihren pensionsfähigen Bezügen zugewilligt. Reichsbahndirektionspräsidenten erhalten zu ihren Bezügen noch Zulagen von 1100 bis 4000 M. und Dienstaufwandsgehälter von 2200 bis 6000 M. Die Zahl der mit Zulagen bedachten Beamten soll zunächst 107 betragen. Die Mitglieder des Verwaltungsrates sollen 10 000 bis 20 000 M. erhalten.

Es muß insbesondere in Anbetracht der vorstehenden Tatsachen erwartet werden, daß die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn die von ihr angeführte Maßnahme nicht verwirklicht.

Badischer Landtag

Eisenbahndeckung — Eine Uebersicht von Bahnwünschen — Viele Wählerden — Schwandelen der Freiburger „Tagespost“

22. Sitzung
h. w. Karlsruhe, 26. Februar.

Nach Verteilung der Eingänge begann sofort die letzten Freitag infolge Beschlussfähigkeit des Hauses unterbrochene Weiterberatung der Gesuche und Anträge betr.

Es sind inzwischen eine ganze Reihe weiterer Anträge eingegangen, die alle die speziellen Wünsche einzelner Bezirke des Landes betreffen. Der Antrag des Haushaltsausschusses lautet nach dem Bericht des Abg. Fischer-Freiburg:

1. die Regierung ersuchen, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck auf die Fertigstellung der unter § 17 des Staatsvertrags über den Uebertrag der badischen Eisenbahnen an das Reich fallenden Bahnlücken Löffel-—St. Blasien, Oppenau—Griesbach, Raumünzach—Klosterrechenbach, Bretten—Kittzbach, Redarsteinach—Schönan und Lintenheim—Kußheim hinzuwirken.

Der **Schuldisse** vom letzten Freitag, **Abg. Engelhard** (Str.), der unter allen Umständen seine Wald- und Viehwirtschaft halten muß, trotz aller Vereinbarungen und Bestrebungen, vertritt mit „Wald“ und „Energie“ und „Entschiedenheit“, wie wohl sein Reichstags-Beibehalter geschrieben wird, die Wünsche des hinteren Reichstags. Die Rede ist so unnützlich wie ein Krampf, umso mehr als diese gewünschte Bahnstrecke sogar an den in der Entscheidung des Haushaltsausschusses als besonders dringlich festzusetzenden Linien bezeichnet wird. Zu hören ist dem Redner niemand. — **Abg. Wölfer** (Dp.) spricht für den Ausbau der **Murgalbahnen**, deren Fertigstellung auch vom Haushaltsausschuss verlangt wird. Also auch diese Rede ist nur als Wählerrede zu charakterisieren. — **Oberregierungsrat Seeger** erteilt die Antwort des Finanzministeriums auf die gestellten Anträge. Der Redner gibt ein Bild über die in Baden begonnenen und geplanten Eisenbahnstrecken. In dem Statut der Reichsbahn-Gesellschaft ist festgelegt worden, daß eine Verpflichtung zur Erfüllung der Bestimmungen des Staatsvertrags bei Uebergabe der badischen Staatsbahnen an das Reich, wonach begonnene Strecken fertigzustellen seien, für die Reichsbahn-Gesellschaft nicht bestehe! Vertragspartner ist also nur das Reich. Die badische Regierung werde sich deshalb an den Reichsverkehrsminister wenden, gemeinsam mit Ländern, die ähnliche dringende Wünsche haben. An dem Bahnbau in Heidelberg werde weitergebaut. Der Bau sei in etwa 6 Jahren vollendet. Der Redner berichtet dann noch über den Stand der Bahnbauarbeiten. — Eine dritte Bahnrede hält **Abg. Duffner** (Str.), der sich der Bahn Löffel-—St. Blasien annimmt.

Da das Zentrum nun tüchtig in das Wahlwasser geraten ist, befand sich die Sozialdemokratie kein Anlaß mehr, ihrerseits sich zurückzuziehen.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.)

betonte nochmals das allgemeine Wunsch gewesen sei, diese Fragen nicht weiter auszulassen, zumal es auch besser gewesen sei, diese Bahnanlagen nicht zu sehr in der Öffentlichkeit zu behandeln. Nachdem aber die Debatte vom Zentrum aufgegriffen worden ist, besteht bei uns kein Anlaß, uns zurückzuziehen. Der Redner stellt zunächst fest, daß ein Artikel in der „Freiburger Tagespost“, der die Vorgänge am letzten Freitag behandelte, eine bewußte Verdrehung und Verlogenheit sei. Man hat offenbar das Bedürfnis in gewissen Kreisen, aus diesen Bahnfragen Kapital für die nächsten Wahlen zu schlagen. Es gehört wirklich wenig dazu, wenn man den Wählern im Herbst nachweisen will, daß es ein bejammertes Verdienst eines Abgeordneten ist, für das Bahnen sich eingesetzt zu haben. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, daß man sich für solche Wünsche einsetzt. Warum man jetzt noch, trotz Zusage der Reichsbahndirektion, einen **Vordringlichkeitsantrag** einbringt, wie es **Abg. Ziegelmaier-Oberkirch** tut, das kann man nur verstehen, wenn man weiß, daß im Späthjahr Landtagswahlen sind. Wir lehnen deshalb den Vordringlichkeitsantrag ab. Die drei Linien Löffel-—Seebach, Oppenau—Griesbach und die Murgalbahnen sind von der Reichsbahn zum Ausbau genehmigt. Ob die Reichsbahn auf die weiteren Wünsche eingeht, steht dahin, denn die Erfüllung des Staatsvertrags können wir nur vom Reich erzwingen, nicht von der Reichsbahn-Gesellschaft.

Der Redner begründet sodann den Antrag betr. Ausbau der Bahn Redarsteinach—Schönan. Die Bevölkerung jener Gegend ist völlig proletarisiert. Die Bevölkerung mühen, so weit sie nicht in Schönan selbst Beschäftigung finden, nach Mannheim oder Heidelberg in Arbeit. Sie müssen zum Teil 2—3 Stunden Weg morgens und abends machen, um an ihre Arbeitsstelle gelangen zu können. Es kann ausgeholfen werden durch Anlage einer Bahn in Steinachtal. Dadurch würde sowohl die Gemeindefähigkeit gefördert, wie auch die Bewohner leichtere Möglichkeiten hätten, zu ihren Arbeitsstellen zu gelangen. Der Unterbau ist zum Teil schon hergestellt. Bei den künftigen Verhandlungen möge die Regierung besondere Rücksicht auf diese Lage der Steinachtaler nehmen. Die Sozialdem. Fraktion unterstützt weiter den Antrag auf Ausbau der Bahn Oberburten—Neckingen, Radheim—Königsheim. Was der Regierungsvorbericht über den Bahnbau in Heidelberg mitteilt, war sehr dürftig. Von einem **Reichsbahn** merkt man nichts. Seit Jahren liegen die unerschlossenen Bestände ungenutzt. Wenn die Reichsbahn für dieses wertvolle Gelände die Steuern zahlen müßte, würde es sicher nicht 6—8 Jahre dauern, bis der Bau fertig ist. Die Stadt Heidelberg ist nach Westen hin vollständig abgelehnt, solange nicht der Bahnbau fertig gestellt ist. So wie die Verhältnisse im Heidelberger Bahnhof heute sind, kann eine einseitige Reichsentlastung ein Unheil herbeiführen, das die Reichsbahn mehr kosten könnte, wie der Ausbau des Bahnhofs. Dringend nötig ist auch eine Abstellung der unbeherrschbaren Zustände bei der Oberwaldbahn; wenn irgendwo die Fertigstellung eines Neubaus nötig ist, so ist es die des Bahnhofs Heidelberg. (Bravo bei den Sozialdem.)

Die dritte Zentrumsrede hält **Abg. Ziegelmaier-Oberkirch** (Str.) vom Stapel. Natürlich sind die Ansichten des Abg. Maier, daß es sich um Wahlpolitik handle, falsch. Dann behauptet Herr Ziegelmaier, der Sieger vom letzten Freitag sei — der Abg. Ritter gewesen, wogegen **Abg. Maier** dazwischenruft, daß es sich am Freitag nur darum gehandelt habe, einmal gegen die Eisenbahndirektion des Zentrums Stellung zu nehmen. Dann behauptet Herr Ziegelmaier, seine speziellen Bahnwünsche. In erster Linie sollten die begonnenen Bahnbauten ausgeführt und dann erst die Bahnhöfe gebaut werden. — **Abg. Kerle** (Landb.) verweist, um auch einmal geistreich zu erscheinen, was er natürlich nicht ist, den „Wendekreis“ zwischen Sozialdemokratie und Zentrum zu klären. Dann stellt er seine Billigkeit für sein Wahls.

Abg. Großhans (Soz.) begründet einen Antrag auf Bau der Bahnlücke Engen—Kensingen. Der Bau ist schon längst projektiert, die Anlage ist als berechtigt anerkannt worden, schon im Jahre 1914 von beiden badischen Kammern. Und in der Sitzung vom 26. März 1920 wurde vom Landtag die Quantifizierung des Baues beschlossen. Die Bahn soll eine Verbindungsbahn zwischen Engen nach dem Bodenfeld darstellen. Auch als Lokalbahn hat sie große Bedeutung, 23 Gemeinden mit 20 000 Einwohnern kommen in Frage, darunter Gemeinden, die eine große Industrie haben. Die Fertigstellung des Baues ist eine Pflicht, es handelt sich um einen der schönsten Teile unseres Landes und die Bahn ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. — **Abg. Wittenmann** (Str.) verweist sich zuerst in einer Retourfahrschein gegenüber dem Abg. Maier, dann setzt er sich für irgend einen Zentrumsantrag ein. Alle Augenblicke geht nämlich ein neuer Antrag mit Bahnwünschen ein.

Abg. Seubert (Str.) hält für das Wichtigste den Bau der Bahn Löffel-—Nippoldsbau. — **Abg. Weiskopf** (Str.) hält den Bau des Bahnhofs Pfullendorf für das Dringlichste, sowie den Bau der Bahn Stodach—Friedingen. — **Abg. Götting** (Dem.) verlangt, daß mindestens die als dringlich angeforderten Bahnen gebaut werden, da Baden entsprechend seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung keineswegs im Ausbau seines Bahnnetzes voll befähigt ist. Dann setzte er sich für die Verwirklichung sämtlicher genehmigten Bahnwünsche ein! — **Abg. Amann** (Str.) unterstützt aus Zentrums-Konturengründen den Antrag des Abg. Großhans. — **Abg. Schmidt-Bretten** (Dp.) interessiert sich für die Bahn Bretten—Kittzbach; **Abg. Schneider-Heidelberg** (Str.) interessiert, was **Abg. Maier-Heidelberg** in Bezug auf die Steinachtalbahn und den Bahnbau in Heidelberg gesagt hat. — **Abg. Fischer-Freiburg** (Str.) „unterstützt“ ebenfalls schon genehmigte Ausführungen und bringt dann Freiburger Bahnwünsche vor. Dem Zentrum haben bis jetzt schon 10 Nebenverträge gegeben. — **Abg. Maier** (Str.) eine Attacke gegen **Abg. Maier**. Herr Maier fühlt sich schwer getroffen durch die Kritik, die **Abg. Maier** an der „Freiburger Tagespost“ geübt hat. Man könnte bei der Aufregung des Herrn Maier fast meinen — daß er an jenem verlogenen Artikel der „Freiburger Tagespost“ persönlich teilgenommen hat; am Ende hat er ihn gar selber geschrieben! Herr Maier versucht sich zu revanchieren, indem er die Landtagsberichterstattung unehrlicher Vorgehens als verlogene hinzustellen sich erdreiste. Es ist wirklich Zeit, daß Herr **Abg. Seeger** wieder erscheint, denn dieser „Verlog“ ist doch äußerst unzulänglich und zu unehrlich. — **Abg. Sad** (Str.) vertritt dann wieder Bahnwünsche.

Abg. Müller (Soz.) betont die Notwendigkeit, das möglichst weite Kreise des Volkes dem Verkehr angegeschlossen werden. Auch aus kulturellen Gründen ist eine Vermehrung der Bahnen nötig. Geld muß vorhanden sein. Wenn man hunderte Millionen nach Westen den Begünstigten in die Taschen schütten kann, dann muß auch noch eine Million vorhanden sein, um Ausbau des Verkehrs. Und hätte man von den Dutzenden Millionen, die die Reichsbahn als Prämien zum Fenster hinausgeworfen hat, eine Million geparkt, dann wären nicht nur alle badischen Wünsche zu erfüllen gewesen, sondern auch jene der andern Länder. Daß die Murgalbahnen nicht weitergeführt wird, ist unerklärlich und unverständlich. Ein Geschäftsmann, der bereit handeln würde, daß er den Betrieb nahezu fertiggestellt und ihn dann einfach sich selbst überläßt, würde ohne weiteres ins Zrenhaus kommen. Es ist dringend nötig, daß die paar Kilometer endlich ausgebaut werden.

Abg. Arnold (Soz.) stellt fest, daß die Mannheimer Bahnanlagen schon längst als unzulänglich bezeichnet wurden. Die Verzüge, eine Verbesserung im Mannheimer Bahnhof an bewirken, sind mangelhaft. Wenn dort noch kein Unfall passiert ist, so ist das Aufmerksamkeits des Personals zu danken. — **Abg. Ritter** (Komm.) hat es nicht nötig, sich an dem Verhalten um die Wählerstimmen zu beteiligen — aber es sei Heuchelei, wenn hier von Neubauten von Bahnen gesprochen werde, denn über die Bahnwünsche entscheidet in der Ententeformulierung. Trotzdem — „wir Kommunisten können allen hier eingebrachten Anträgen auf“ **Schlusssatz**: Sozialdemokratische Minister waren mit der Auszahlung der Ruhrkredite einverstanden! Ohne eine Lüge und einen Schwindel geht es bei diesem Ritter nicht!

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) weist die Angriffe des Abg. Ritter zurück, er stellt fest, daß der Artikel in der „Freiburger Tagespost“ falsch berichtet hat, über welche Feststellung Herr Maier wiederum sehr nervös wird! **Abg. Maier** stellt an Hand des Statutenwerks über seine Rede fest, daß der Artikel der „Freiburger Tagespost“ im Widerspruch steht mit dem, was er, Maier, tatsächlich gesagt hat. Der Ausdruck der Verlogenheit gegenüber dem Freiburger Zentrumsblatt ist also voll bezeugt. Schuld an dem Vorkommnisse am Freitag tragen nur die Abgeordneten des Zentrums, die ihrem derzeitigen Vorhaben nicht gefolgt haben; ob sie es bei dem andern Vorhaben auch getan hätten, sei dahingestellt (Wische Seegerzeit und große Erregung des Abg. Ritter!) — **Abg. Maier-Karlsruhe** (Dp.) meint, wenn die Reichsbahn-Gesellschaft die Wünsche Baden zu behandeln, wie es hier der Landtag jetzt Freitag tue, das badische Volk lange warten könne, bis es seine Bahnen erhalten, er verzichte deshalb auf das Wort. — **Abg. Seubert** (Str.), der bei der großen Hauptdebatte am Donnerstag nichts zu sagen hatte, jetzt, sogleich die Redezeit erhebt sich und schon die persönlichen Bemerkungen begonnen haben, demnach durch, daß er reden darf; zu jenen durfte er aber nicht. **Abg. Maier** (Soz.) stellt fest, daß dem Abg. Seubert zu Unrecht das Wort erteilt worden sei. — Es erfolgt nun endlich nach stündiger „Debatte“ die Abstimmung. Der Antrag des Haushaltsausschusses wurde mit dem Antrag des Zentrums, der drei Bahnlücken als vordringlicher bezeichnet werden will, angenommen. — Die übrigen Anträge wurden sämtlich meist einstimmig angenommen. Die Reichsbahndirektion wird es bis zum Freitag mitteilen, wenn sie dieses Votum überreicht bekommt. — Am halb 2 Uhr wird die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf Freitag vormittag 9 Uhr festgesetzt.

Staatsarbeiten für das badische Handwerk. Die badische Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf über Bürgerarbeiten des badischen Landes für Darlehen an das badische Handwerk, an Handel usw. überreicht. Der Gesetzentwurf wird zunächst im Haushaltsausschuss beraten werden.

Aus der Partei

Gengenbach. (Soz. Arbeiterjugend). 1. März, abends 8 Uhr, in der Festhalle, Lichtbildvortrag: „Hamburg und Umgegend“. Referent: Bezirkssekretär **Hilf** a. u. Mannheim.

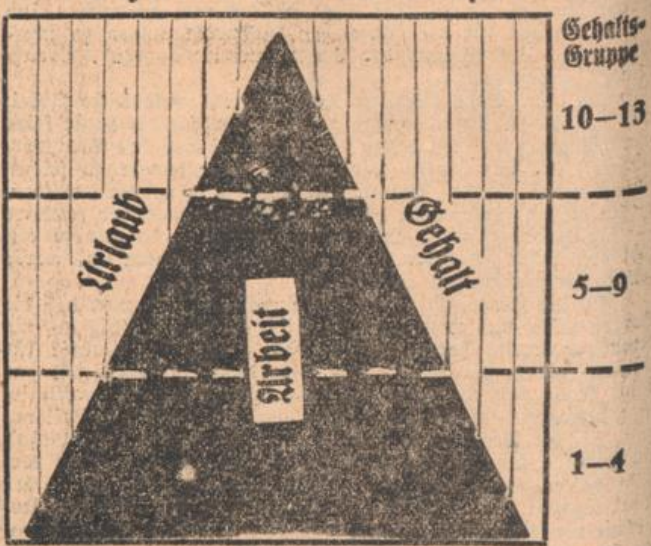
Briefkasten der Redaktion

E. Kurtzungen. Bitte die Bekanntheit für die S.M.D. jeweils für die Dienstag-Nummer zu senden.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Luise Jung, alt 23 Jahre, ledig, Dienstmädchen. Ludwig Volkhauser, Ehemann, Würdeamter, alt 56 Jahre. Johann Bughaber, Ehemann, Vater, alt 61 Jahre. Egon, alt 2 Monate 27 Tage, Vater Karl Sommer, Metzgermeister; Franz Moher, Eisenbahn-Oberleutnant, Ehemann, alt 41 Jahre. Jakob Oberst, Schneidermeister, Ehemann, alt 58 Jahre.

Schließens Beamtenpolitik



Dr. Schid, der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses Karlsruhe als Schrittmacher der Unternehmer

Aus Gewerkschaftskreisen schreibt man uns: Unglaubliches hat sich zugetragen. Nachdem Dr. Schid zum fünfzigsten Male seine Antipathie den Metallarbeitern gegenüber kund gegeben wurde von ihm in der Sitzung vom 26. Februar 1925, wo die Schlichtungssache: Deutscher Metallarbeiter-Verein und Arbeitgeberverband der Elektro-Industrieunternehmen der Besetzungsbahn, der Schlichtung gelegt. Nachdem er mitwirkte, daß eine Sprözigkeit der Lohnhöhe in der Metallindustrie eintreten soll, — und das war vor ein paar Tagen — lehnte er jetzt eine Lohnhöhung für die Elektromonteur runter ab, weil sich die Verhältnisse nicht geändert hätten. Ja, was soll man denn dazu sagen? Soll das etwa Positiv sein, die man gegen einzelne Personen kund geben will, oder ist tatsächlich die objektive Meinung von Dr. Schid die, daß ein Selbständiger Elektromonteur als hochqualifizierter Metallarbeiter nur einen Stundenlohn von 76 Pfennig die Stunde, erzielen darf? Wenn das erzieht richtig ist, dann kann man Rücksicht über, dann man dem Nachgelassenen allerlei mildernde Umstände anzuhängen muß. Ist aber der letztere richtig, dann ist es einfach ein Unheil, das heute als Vorsitzende des Schlichtungsausschusses inszeniert, die sich einfach in das Gebiet der Arbeiterfragen nicht hineinbegeben wollen.

Herr Dr. Schid, die Metallarbeiter haben den Binn verstanden. Die Köhne der „selbständigen“ Elektromonteur von 76 Pf. als ausreißend zu bezeichnen, obwohl sie die niedrigsten Gehälter in der gesamten Metallindustrie in Mittelbaden sind. Herr Dr. Schid, das ist ein großes Unheil. Wenn nunmehr die Unparteilichkeit und die Sachkenntnis des Schlichtungsausschusses vorläufig in Zweifel gezogen werden muß, so darf das nicht verwundern. Die nachfolgende Ausrede der „festen Grundsätze“, die der Vorsitzende als Begründung seiner Haltung ins Feld führte, die treffen daneben, denn warum hat er denn jetzt nicht bemerkt, und nicht vor ein paar Tagen? Das ist objektiv? Nicht wahr?

Herr Dr. Schid mag derzeit die Palme von den Unternehmern entgegennehmen. Die Metallarbeiter aber sind eine Erfahrung reicher, nämlich, sie dürfen vom Herrn Dr. Schid sehr viel Unangenehmes erwarten.

Kleine badische Chronik

Vorsicht. In der Kreuzung der Borsdorf- und Duracher Straße stieß ein Kraftfahrer mit einem Personenkraftwagen zusammen. Der Kraftfahrer wurde erheblich verletzt und erlitt seinen Arm des rechten Beines. Schuld an dem Unfall trift seinen der Beteiligten; es liegt ein Zusammenstoß unangenehmiger Momente vor. — Beim Aufspringen auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen stürzte ein in den mittleren Jahren stehender Mann ab und erlitt schwere, aber nicht lebensgefährliche Verletzungen. — Am Marktplatz wurde ein Kind von einem Motorradfahrer überfahren und ebenfalls erheblich verletzt. Das Kind war dem Nachfahrer direkt in das Motorrad hineingekommen. — Ein Wägenfahrer stürzte in das Gießwerk des Leinwandmüllers, konnte aber durch rasche Hilfeleistung ins Krankenhaus noch gerettet werden. — Ein 57jähriger unehelicher Bedienter hat sich aus unbekannter Ursache erhängt.

Ueberführt im Käfig. Durch Schenken des Herbes ließ das Fuhrwerk des Landwirts Franz Schärer mit einem Automobils zusammenstoßen. Schärer verunglückte dabei und erlitt Kopf- und Hüftverletzungen. — **Reinhardt** i. Schw. Einen gelungenen Faustschlag hat man sich hier geleistet. Der Vorstand des Finanzamts hat heute in den Wägen befördert, daß er gegen den Verfasser einer vom Turnverein herausgegebenen Postkartezeitung Verleumdungsklage erhoben habe. In Wägenreisen war man schnell mit einer „Erwidrerung“ zur Hand. Gegen Abend gegen verurteilte schwarze Gestalten unter düsteren Musiklängen nach dem Finanzamt. In der Mitte des Zuges wurde der Angeklagte Postkartezeitung (eine Lebensgroße Puppe) zum Richtplatz geführt. Vor verammeltem Volke hielt die Puppe ihre Sitzung ab und über den Bedienten wurde die dreifache Todesstrafe verhängt. Unter schauriger bengalischer Beleuchtung wurde der Bedienter in ein Golgen hoch gezogen, dann in einen Satz gelegt und dieser in das kühle Raß der Gasse befördert. Ob der Vorstand des Finanzamts seine Verleumdungsklage zurückzieht?

Rogers. In der vorerzählten Nacht brach in den Lagerhallen der ehemaligen Adlerbrauerei, in denen sich die Werkstoffe des elektrischen Unternehmens von Friedrich Guttschaff und das Warenlager des badischen Bauvereins befinden, Feuer aus. Durch das sofortige Eingreifen der Feuerwehren von hier und den umliegenden Orten konnte der größere Schaden gerettet werden. Der Sachschaden ist groß. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden.

Die neuen Sonntagsfahrten. Wie wir schon vor Kurzem berichtet, sind die von den vereinigten Wandvereinen in einer im Januar in Karlsruhe festgesetzten Besprechung bei der Reichsbahndirektion beantragten weiteren Sonntagsfahrten genehmigt worden. Jetzt sind auch die neuen Fahrten schon hergestellt und an den Schaltern zu haben. Die beantragten Karten nach der Pfalz sind noch nicht eingetroffen, nach deren Auflegung werden wir darüber Mitteilung machen.

Herz- und Nervenschwäche / Schlaflosigkeit
Der sicherste SOZON-ELIKIR tausendfach bewährt
Erfolg durch Wärischlocher glänzende Anerkennungen
Allein echt: Wärischlocher Naturheil, Kaiserstr. 201.
Niederlage für Karlsruhe: Hol-Apotheke, Elberfeld.

Unterhaltung und Belehrung

Kaspar Hauser

Nach gedruckten und schriftlichen Quellen dargestellt
Von Georg Gärtner 12
(Fortsetzung)

Am Karlsruher Hofe hatte die franzosenfeindliche Partei jetzt wieder mächtig das Haupt erhoben. Sie erhielt ständig Verstärkung aus den Reihen der abtrünnigen Hofleute. Die Großherzogin Stephanie geriet in eine sehr peinliche Lage durch die triumphierenden Aeußerungen der Hochberg, des Prinzen Ludwig und der Mehrzahl der Hofstrahlen, die sie täglich mit anderen mußte. Weisen und Charakter der einst so lebenslustigen und leichtfertigen Stephanie waren, wie ihr Biograph Jol. Turquant sagt, im Drang dieser Zeit wohl auch unter dem Einfluß der Mutterfreunden ganz anders geworden. Sie hatte Eitelkeit und Oberflächlichkeit völlig abgestreift, volles Verständnis für ihre Pflichten gewonnen und war eine musterhafte Gattin und Mutter geworden. Die Rachel, Gemahlin Barnhagens, der damals Geschäftsträger am badischen Hof war, schreibt von ihr: „Der einzige metaphysische Kopf, den ich je unter Weibern kennen gelernt habe — unter allen Umständen zum Denken aufgeleitet und fähig.“

Gerade in diese schicksalsschwere Zeit fiel wieder ein trauriges Ereignis am Karlsruher Hofe. In den Tagen der Leipziger Völkerschlacht, 21. Oktober 1813, wurde eine Tochter geboren, die sich, wie ihre erstgeborene Schwester, der trefflichsten Gesundheit erfreute.

Das folgende Jahr brachte den gänzlichen Sturz Napoleons und seine Verbannung auf die Insel Elba. Die Lage Stephanies verschlechterte sich jetzt noch mehr. Sie war vielfach bitteren Kränkungen ausgelegt, doch gelang es ihr, trotz dieser Unannehmlichkeiten, die sie überwinden. Dabei fand sie kräftigen Rückhalt an ihrem Gatten, der sie wahrhaft liebte und den Zumindesten der Gegenpartei, sich von der „Abenteurerin“ weihen zu lassen, kein Gehör gab.

Auf dem Kongress in Wien nahmen die Mächte die Neuordnung Europas in Angriff. Fürsten und Diplomaten unterhielten sich dort über die Verteilung der Beute und über die beste Art, wie die Völker, denen sie die Befreiung vom fremden Joch zu verdanken hatten, um die gemachten Versprechungen zu betrügen seien. Auch Großherzog Karl von Baden war nach Wien gezogen, um dafür zu wirken, daß Baden seine von Napoleon erweiterten Grenzen behalte. In seiner Begleitung bestand sich Hennenhofer, der die Stelle eines Feldjägers innehatte. Es ging das Gerücht, daß dort ein mißglückter Versuch gemacht worden sei, Karl durch Gift aus der Welt zu schaffen. Wie Seiler berichtet, hat sich der für das Komplott gewonnene Kammerdiener Karl, ein Gewissensbisse gequält, in Wien selbst das Leben genommen. Er deutete weiter an, daß Hennenhofer vielleicht beteiligt war. Der Diplomat Barnhagen findet den Großherzog bei seiner Anwesenheit in Wien „jung, bläulich, unglücklich angesehen, wie zum Opfer vorher bestimmt.“ Als Karl im Juni 1815 nach Karlsruhe zurückkehrte, brachte er einen steifen Körper mit, gegen den nichts mehr aufkommen wollte.

Um jene Zeit soll der Großherzog infolge einer unvorsichtigen Aeußerung der Reichsgräfin wegen des angeblich gestörten Erbprinzen Verdacht geschöpft haben. Die v. Artin den Hennenhofer in seinen Memoiren sagt, daß sich „eine andere Ahnung geltend gemacht.“ Man hielt daher jetzt den geraubten Prinzen in der Nähe von Karlsruhe nicht mehr für sicher. Seiler erzählt, daß das Bauernweib, das ihr krankes Kind den Heilungsweg überlassen hatte, Gewissensbisse bekam. Sie wollte wissen, was aus ihm geworden sei. Angeblich bekannte sie dem Pfarrvikar Diez in Karlsruhe im Reichthum die ganze Sache. Dieser scheint die Zusammenhänge durchgesehen und am geeigneten Ort Mitteilung gemacht zu haben. Als sehr auffällig wurde es immer stets empfunden, daß der einfache Vikar, der erst zwei Jahre vorher registriert hatte, eine unheimlich schnelle Karriere machte. Er bekam sofort die weit von der Hauptstadt entfernte, an einem äußersten Teil des Landes liegende Pfarrei Hochal bei Lauffenburg-Waldshut, eine der besten und einträglichsten in ganz Baden. In diesen Pfarrhof soll Hennenhofer am 23. Juli 1815 den Prinzen heimlich gebracht haben. Dort sei das bisher bei erzogene Kind in einen dunklen Raum eingesperrt und von dem Vikar Diez als Kerkermeister verborgen gehalten worden, um es den Augen der Welt nicht zu entziehen. „Wahrscheinlich nur, weil Diez wider Willen mit der Beteiligten Mitwisser wurde, bestach man ihn mit der fetten Prämie, vielleicht auch noch mit anderen Versprechungen, und übertrug ihm das Amt eines Kerkermeisters.“ (v. Artin.)

In ihrer Nr. 138 vom 16. November brachte die „Allgemeine Zeitung“ in Berlin nachstehende merkwürdige Meldung:

Paris, 6. November 1816. Ein Brief aus Gröningen fand am 23. Oktober auf dem Rheine eine schwinde Flucht, welche nachstehenden lateinischen Zettel enthält:

Cicumque, qui hanc epistolam inveniet:
Sum captivus in carcere apud Lauffenburg, juxta Rheni
flumen: meum carcer est subterraneum, nec novit locum ille,
qui nunc solio meo potius est. Non plus possum scire,
quia sedulo et crudeliter custoditus sum. S. Hanes Spranzio.

Zu demselben: „An den, der diesen Brief findet: Ich
bin in einem Kerker bei Lauffenburg neben dem Rheine
gefangen, mein unterirdischer Kerker ist demjenigen unbedeutend,
der gegenwärtig auf meinem Throne sitzt. Mehr
kann ich nicht schreiben, da ich strenge und grausam be-
wacht werde.“
S. Hanes Spranzio.

Diese Notiz wurde für eine Mystifikation gehalten und geriet in Vergessenheit. Erst nach Hauers Tod wurde sie im Verlauf der Erörterungen, die sich an dieses Ereignis knüpften, wieder ausgegraben. Vorher soll sie der preussische Dekonimeter Cuno in Ratibor aus dem Präsidenten Anselm v. Feuerbach in Ansbach mitgeteilt haben, der annahm, daß sie im Zusammenhang mit der Geschichte Kaspar Hauers stehe.

Man vermutete, das der Verfasser ein katholischer Geistlicher sei, denn der eingetretene Prinz konnte den Zettel nicht geschrieben haben. v. Artin hält es für wahrscheinlich, daß der Vikar Diez in Hochal selbst der Verfasser war. „Er mag Gewissensbisse gefühlt haben oder vielleicht auch durch enttäuschte Hoffnungen dazu getrieben worden sein — wollte die Entdeckung dem Zufall überlassen, vielleicht auch bewirken, daß die Mitschuldigen das Kind von Hochal entfernten.“

Dieses geschah denn auch.

Hennenhofer sagt selbst nach der Darstellung v. Artins: „Am 14. Juni 1817 bin ich mit dem Kammerdiener von Salem (Besitzer des Markgrafen Ludwig, wohn er kurz vorher vom Großherzog verbannt worden war) nach Hochal und von da mit dem Kinde über den Bodensee nach Baden gereist, weil das Kind im Badischen nicht mehr sicher war.“

Der Mann war veritaut und zuverlässig und gehörig bejahlt. Das Kind habe ich als zurückgebliebenes Soldatenkind aus den Kriegsjahren bezeichnet, das mich interessierte; ich habe dem Manne sorgsame Pflege anbefohlen und für die Zukunft Bestimmungen getroffen.“

7. Rätselhafte Todesfälle.

In der Zwischenzeit war, am 30. April 1816, dem Großherzoginpaar von Baden wieder ein Sohn geboren worden, nach dem Zeugnis des Leibarztes Dr. Kramer „ein sehr gesunder Knabe“. Es wurden außerordentliche Vorsichtsmaßnahmen getroffen, der Prinz wurde mit der größten Sorgfalt und unter strengster Beaufsichtigung gepflegt. So blieb er gesund und frisch und ward ein Jahr alt. Am 7. Mai 1817 stellte sich plötzlich heftiges Fieber mit Zudungen ein. Nach Aussage der Gräfin Benzel-Sternau, die sich damals am badischen Hofe befand, verlangte der großherzogliche Leibarzt, daß man ihm die Behandlung des Kindes allein überlasse und namentlich den Arzt des Prinzen Ludwig nicht beziehe, wie es 1812 beim ersten Prinzen geschehen war. Aber der Kammerherr v. Ende, ein Werkzeug der Hochberg und des Prinzen Ludwig, setzte es auch hier durch, daß der Leibarzt die unerwünschte Beihilfe erhielt. Schon am nächsten Tage, 8. Mai, starb der kleine Prinz, wie es in der offiziellen Proklamation hieß: „an den Folgen eines sehr beschwerlichen Zahnausbruchs“. Die Großherzogin Stephanie durfte ihr Kind weder trant noch tot sehen, weil sie selbst krank sei und durch seinen Anblick alteriert werden könne. Die Amme des Prinzen erzählte später: Als sie am entscheidenden Tage den Kleinen gestift, ging sie wie gewöhnlich nach Hause. Sie verließ ihn gesund wie immer. Als sie jedoch zurückkam, durfte sie nicht mehr zu dem Kinde, weil es schwer krank sei. Trotz allen Flehens und Bittens wurde sie fortgesetzt zurückgewiesen. In ihrer Verzweiflung wollte sie zur Großherzogin, allein auch dies ließ man nicht zu. Unter dem Vorwande, die Großherzogin sei ebenfalls krank. Zuletzt kam sie auf Schleichwegen zu ihr. Raum hatte die Großherzogin sie gesehen, so verlangte dieselbe außer sich Nachrichten von ihrem Kinde. Man wollte sie es nicht sehen lassen, weil der Anblick sie zu sehr angreife. Sie gab der Amme jemanden mit, damit sie zu dem Prinzen gelassen werde. Als beide aber an dessen Gemächer kamen, hieß es, der Prinz sei tot. Die Amme durfte auch die Leiche nicht mehr sehen.

(Fortsetzung folgt.)

Die bis 1. März neu hinzutretenden Abonnenten erhalten die bisher erscheinenden Fortsetzungen über die Geschichte Kaspar Hauers unentgeltlich nachgeliefert.

Ruppertus Rex träumt

Eine ägerliche Geschichte

Von Bavarius

In München war wieder einmal großer nationaler Tag. Nach dem Festbankett, auf dem der ehemalige Generalstaatskommissar Dr. v. Rabe eine Rede nach dem Rezept: „Ruppertus Rex“ gehalten hatte, fuhr Erbprinzip Ruppert per Auto nach Reichenhall zurück. Als er endlich lümmelnd von der Anstrengung empfangener Suldigungen ins Bett sank, umganzelten glänzende Bilder von Königsherrschaft und Kaiserthum seinen Schlaf.

Der bayerische Thronpräsident träumte, Rabe habe ihm mitgeteilt, die Königspromotion stehe nahe bevor und er ersuche um Mitteilung, wie er es, wenn im gegebenen Augenblicke veränderten solle. Ruppert ließ sofort zurücktelegraphieren: „Karte genant, komme sofort.“

Dem Kabinettschef gab er gleich Anweisung, die Proklamation „An mein Volk“ anzufertigen. Der begab sich zum Ministerpräsidenten und brachte in einem Reich mit der zusammenfassenden Aufschrift: Restauration der Monarchie — Baron de Dard — Colonel-Richter. Er wählte einen Proklamationsentwurf vom Tage der Befreiung von Rupperts Vater, Ludwig III., aus und legte sie dem Rupperts vor. Sie wurde unbedeutend genehmigt.

Aber nun war noch eine schwierige Frage zu entscheiden. Sollte man die bayerische Monarchie machen, die Donaumonarchie oder das deutsche Kaiserthum? Die Majoren wollen parat den Sohn der Jita. Bei den Oesterreichern steht so ein verklärter Vertrag mit den Tischen im Wege und wegen des deutschen Kaiserthums drohen Gabel mit Lubendorf und den Hohenzollern.

Dem Kabinettschef kommt der rettende Gedanke: Ein Fürstentag in Reichenhall! Alle deutschen Potentaten sollen ver-

treten sein, die Wiener und die Ungarn läßt man aus dem Spiel.

Gebacht, getan. Kuriere laufen nach allen Richtungen und vier Tage später findet sich eine illustre Gesellschaft in Reichenhall ein.

Es gab ein heißes Ringen. Der Hohenzoller lehnte die Wiederbelebung der alten, bundesstaatlichen Monarchien ab und forderte ein unitarisch aufgebautes deutsches Kaiserthum, unter Führung der Hohenzollern. Der Bayern-Ruppert reklamierte die Kaiserkrone für die Wittelsbacher und die übrigen Potentaten und lästchen wollten von beiden nichts wissen. Es wurde lange hin- und herdebattiert. Niemand wollte auf seine sonstveränderten Rechte verzichten und vor allem, keiner gönnte dem andern die Kaiserkrone. Schließlich wurde der Vermittlungsvorschlag gemacht, daß sämtliche Herrschergelechter Deutschlands ihren Senior stellten, und dann werden noch die nächsten am Thron, Brüder und Söhne, in solcher Zahl hinzugenommen, daß sich 52 Souveräne ergeben. Jeder von diesen 52 ist eine Woge Kaiser.

Nachdem auf keiner andern Basis eine Einigung zu erzielen war, wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Dann ging man auseinander und alle Wogekaiser hielten sich bereit.

Den Anfang mit dem Regieren sollte Ruppertus machen. Ein General hatte eine Patentlösung ausgearbeitet, mittels derer der Staatsstreik mit 90 Prozent Wahrscheinlichkeit gelingen müsse. Die Reichswehr ist mit von der Partie, die Vaterländischen Verbände haben das übrige zu besorgen.

So kam der große Tag. Das Stichwort „Wogekaiser“ alarmierte alle vaterländisch Denkenden, und eines Morgens um 6 Uhr — Lubendorf ging zufällig am Brandenburger Tor in Berlin spazieren — marschierten die Vaterländischen nach dem Reichstag und besetzten von dort aus alle wichtigen Gebäude. Keuchlich wurde in allen übrigen Großstädten verfahren. Wie die Republikaner aufmachten, war in ganz Deutschland das Wogekaiserthum proklamiert und sämtliche Revolutionäre waren bejahet.

Ruppertus setzte sich auf spiritistischen Wege mit Lorenz mada, dem ehemaligen Großinquisitor, in Verbindung und erhielt von ihm den Auftrag, die heilige Inquisition wieder einzuführen. In München erkannte man sofort, daß diese segensreiche Institution politisch aufgezogen werden müsse, und ernannte deshalb den Pfaffen Oberlandesgerichtsrat G. H. zum Großinquisitor. Sämtliche in den letzten fünf Jahren ermordeten Revolutionäre, beim ihre Gebeine, wurden aus der Erde geholt und unter großer Pomp öffentlich verbrannt. Die noch lebenden, verhafteten Revolutionäre kamen vor Inquisitionstribunal und wurden zum Feuerort verdammt. Wer die Erklärung abgab, an die alleinigmachende Gewalt des Wogekaiserthums zu glauben, wurde nur aufgehängt.

Nun konnte das Regieren losgehen. Ruppertus Rex Imperator fing damit an.

Unter großen Feierlichkeiten zog er in Berlin ein. Er hatte angeordnet, in bayerischen Farben flaggen zu lassen. Die Fahnen mußten aber erst angefertigt werden. Dabei unterließ das schandbare Mißgeschick, daß man in Berlin statt der bayerischen weissen, jüdische blaue Fahnen herstellte. So verlangte ganz Berlin die Rupperts einzuzug in jüdischen Nationalfarben. Das vergällte ihm einigemmaßen die Festesfreude.

Zwei riesenhafte bayerische Dachtöler führten einen mächtigen Löwen vor dem neuen Kaiser her. Die Reichswehr trug Hauptenkelne und blaue bayerische Uniformen. Auf prächtigen geschmückten Oboberfestwagen wurden Rupperts beste Soldaten-Adjutanten mitgeführt, und Dr. v. Rabe langte, wie weiland König David vor der Bundeslade, dem ganzen Jag voraus und schrie immer wieder in toller Verzückung: „David Ruppertus Rex Imperator!“

Ruppertus berief nach am gleichen Tage sämtliche Wogekaiser nach Berlin. Dort wurde vereinbart, daß die Reichswehr jeweils die frühere Nationaluniform des antikerenden Kaisers zu tragen habe. Außerdem sollte jeder kaiserliche Wogekaiser partikularen Orden verleihen und die Gehurtsfrage sämtlicher Wogekaiser sollen im ganzen Reiche gefeiert werden. Jeder Kaiser dürfe, wenn er mit dem Regieren dran sei, sein eigenes Kabinet ernennen und die von ihm für richtig befundene Politik machen. Verächtlichung der Politik des Vorgängers ist nicht nötig. Reden halten kann immer nur der Wogekaiser, der gerade regiert. Diese Bestimmungen wurde gegen lebhaften Protest des Hohenzollern angenommen. Die Zivilliste hatte man einheitlich für alle 52 Wogekaiser festgesetzt. In der Regierungswoche erhöhte sie sich um eine ansehnliche Thronzulage. Das waren: so die Grundzüge, nach denen regiert werden sollte.

Da Ruppertus aber, wie alle seine Kollegen, nur 8 Tage auf dem Thron sitzen durfte, wollte er diese Woche voll auskosten und blieb nicht nur am Tage auf dem Thron, sondern auch des Nachts und machte so den Thron zum Nachstuhl.

Merch am ersten Tage hatte Ruppertus den Franzosen für den Fall der Anerkennung der Monarchie territoriale „Erbzungen“ anbieten lassen. Das Rheinland geht einschließlich der bayerischen Pfalz in dauernden Besitz der französischen Republik über und Deutschland entfällt auf ewige Zeiten allen Ansprüchen auf Deutsch-Oesterreich. Frankreich hatte daraufhin sofort den früheren Gesandten in München, Baron de Dard nach Berlin geschickt und dem Wogekaiser Ruppertus sagen lassen, daß Frankreich unter solchen Umständen nichts gegen die monarchische Restauration einzuwenden habe. Sollte Frankreich die Lokalität der Wittelsbacher gefant, dann wäre unter gleichen Bedingungen schon vor 4 Jahren die Wiedererrichtung der Monarchie mit französischer Unterstützung in Deutschland möglich gewesen.

Ruppertus ärgerte sich über die für die Monarchie erlenen vier Jahre so sehr, daß er darüber aus seinem kaiserlichen Traum erwachte. Es war aber gerade der 9. November, und von der Strafe herauf drangen die Klänge republikanischer Hied, der in sein Schlafgemach. Während rannte er ans Fenster und sah auf dem großen Platz vor seinem Palais eine dichtgedrängte Menschenmenge, die Republik feierte. Ueber die vielstündliche Versammlung flatterten lustig die Farben Schwarz-Rot-Gold.

Nud diesmal hatte Ruppertus nicht geträumt.

Landestheater. Lessings Meisterstück „Minna von Barnhelm“ oder das Soldatenglück, das am Samstag, 28. Februar, von Felix Baumbach neuinszeniert, zum erstenmal wieder in Szene geht, wird auch in völlig neuem von Emil Burkard hergestellten szenischen Rahmen erscheinen. — Mit Ausnahme des „Wirts“ (Gustav Höder) sind sämtliche Rollen neu besetzt: Neben Martha Woeller in der Titelrolle und Siegfried Nürnberg als Major von Thalheim wirken die Damen Berlow und Maxhammer, sowie die Herren Berg, Prüter und von der Trendel in den übrigen fuhrenden Aufgaben mit.

Kommunistische Lausbuben

Von der Erkrankung des Reichspräsidenten nimmt die kommunistische „Arbeiterzeitung“ in Mannheim wie folgt Notiz:

„Der Obert kann keinen Feind haben. Wie die bürgerliche Presse, besorgt um das Wohlergehen ihres Lieblinges, meldet, muß Herr Obert seinen Blinddarm herausoperieren lassen, da er an Blinddarmentzündung erkrankt ist. Heber die Ursachen der Blinddarmentzündung im allgemeinen besteht in der ärztlichen Auffassung nach keine einheitliche Meinung. Wahrscheinlich kommt sie vom fetten Essen.“

Durch diese Leistung wird erneut und abschredend der Beweis erbracht, daß das Mannheimer Kommunistenblatt von Lausbuben redigiert wird.

Gewerkschaftliches

Die Rücksichtslosigkeit der Reichseisenbahn

Die die „Karlstädter Nachrichten“ mitteilen, nehmen die umfangreichen Arbeitererkrankungen in der Reichseisenbahn die größte Sackgasse der Reichseisenbahn trotz der Einwendungen der Gewerkschaften und Arbeiterbetriebsräte ihren Fortgang. Am letzten Samstag wurden wieder 20 Arbeiter entlassen. Es heißt, daß die Reichseisenbahn die noch vorhandenen und laufenden Arbeiter an Privats übergeben will und daß sie beschließt, die Betriebswerkstätte Goltzinger zu schließen. Eine Reihe von Arbeitern der Betriebswerkstätte arbeiten dort seit etwa 15-20 Jahren.

Die weiteren Details, sollen demnächst im Direktionsbezirk Baden 200 Beamte entlassen werden.

Einheitsföderung der Berliner Bankeinstellen

Am Montag, den 23. Februar 1925 fand im Arbeitervereinshaus eine große öffentliche Kundgebung der Bankeinstellen anläßlich des Zusammenschlusses zum Allgemeinen Verband der Deutschen Bankeinstellen und Reichsverband der Bankeinstellen statt. Das Hauptreferat hielt Nationalrat Alina, der Geschäftsführer des in engem Kontaktverhältnis mit dem deutschen Verband stehenden Interdisziplinären Reichsverbands der Bank- und Sparkassenbeamten, übernommen. Vemerkenswert an den Ausführungen Alinas war besonders sein Hinweis darauf, daß trotz der Wirtschaftskrise Deutsch-Oesterreichs die dortigen Bankeinstellen sowohl in einem ungleich geringeren prozentualen Ausmaß abgebaut sind, wie auch nach wie vor dank ihrer vorbildlichen einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation in der Lage sind, ihre gegenüber dem deutschen Bankgewerbe wesentlich besseren Arbeits- und Entlohnungsbedingungen aufrecht zu erhalten.

Für den neuen Einheitsverband wandten sich in kurzen Ansprachen Marx, Dr. Grell, Bogorski und Emonts an die Versammlung. Aus ihren Ausführungen wie aus dem Beispiel der über 3000 Köpfe zählenden Versammlung ging hervor, daß die Vereinigung der beiden Verbände einem langgehegten Wunsch der Betriebsbelegschaften des Bankgewerbes entspricht und daß heute bereits mit einem starken Zustrom nicht nur sämtlicher Mitglieder des Reichsverbandes der Bankeinstellen, sondern auch der Organisationsstellen und der in anderen Verbänden stehenden Bankeinstellen zum Allgemeinen Verband der Deutschen Bankeinstellen getreten werden kann. Eine entscheidend gehaltene Resolution, die diese Aufforderung enthält, wurde einstimmig angenommen.

Die Verhandlungen mit der Reichsbahn

Am Donnerstag nachmittag 4 Uhr beginnen die entscheidenden Verhandlungen zwischen dem Verwaltungsrat der Reichsbahn und den Eisenbahnern über die Vornahme der Tarifsenkungen. Die Generaldirektion hat am Mittwoch zu dem Ergebnis der Vorbesprechung zwischen den Organisationen und der Hauptverwaltung Stellung genommen. Für den, vor allem im Zusammenhang mit der Beförderungserhöhung der Eisenbahnbeamten erfolgten Hinweis auf eine 10prozentige Erhöhung des Personaltarifs liegt im Augenblick noch keine Bestätigung vor. Ein Urteil darüber, ob eine solche Tarifsenkung wirklich unvermeidlich ist, läßt sich erst dann fällen, wenn genau festliegt, welche Aufbesserung nicht nur bei den Löhnen, sondern auch bei den Gehältern eintritt. Die Regelung der Gehälter der Eisenbahnbeamten ist aber zunächst verlagert worden, anscheinend weil die Reichsbahn abwarten will, was der Reichstag zur Beamtenbeförderungfrage sagt.

Kleine Nachrichten

Aberdeen. Der deutsche Fischdampfer „Wendhausen“ ist vom Sturm schwer beschädigt, aus Island hier eingetroffen. Ein Mann der Besatzung wurde von einer Welle über Bord geworfen und ist ertrunken.

Rom. Der Ehe der Vermählung der „Giornale d'Italia“ Conte Bonmarino, wurde nach einem Streit mit seiner Frau nicht aufgegeben. Die Frau, die als sehr nervös gilt, und die er schon seit längerer Zeit in einer Nervenklinik hatte unterbringen lassen wollen, wurde wegen Verdachts verhaftet.

Rom. Russisches Krankheits kann als geheilt angesehen werden. Jedoch verordnete ihm der ihn behandelnde Arzt noch eine zeitliche Ruhe.

Rom. In Citta San Angelo in den Abruzzen fand ein Bauer beim Banzen 90 Nils römische Kupfermünzen, die nach dem riel von Sadowerhändigen aus der Zeit der Könige und aus der ersten Zeit der römischen Republik stammen. Außerdem wurden Silbererzergien gefunden.

Aus den Vororten

Ruppurr. Am Mittwoch abend hielt die hiesige Gruppe des Reichsbanners Schwarz-rot-Gold im „Eichhorn“ eine Versammlung ab, die trotz des Kältemittels befriedigend besucht war. Der Vorsitzende, Kamerad Landtagsabg. Horler, gab verschiedene Vereinsmitteilungen bekannt, wobei er auch auf die Gaudanerweiche in Karlsruhe zu sprechen kam und um vollständige Beteiligung ersuchte. Hierauf vermittelte sich Kamerad Reichstagsabg. Schöpflin in einem sehr interessanten Vortrage über einzelne Artikel der Reichsverfassung. Er gab Verhältnisse zwischen der Verfassung des Kaiserreichs und derjenigen des Weimarer und behandelte sodann einzelne Abschnitte des deutschen Grundgesetzes, wobei er seine Ausführungen schon aufgrund seiner Gelächris bei der Beratung der Verfassung recht interessant zu gestalten wußte. Es wurde deshalb der Wunsch laut, daß Kam. Schöpflin auch über die anderen Artikel der Verfassung später referieren möge, was von Referenten erfreulicherweise zugesagt wurde. Hauptsächlich werden diese Verhandlungen noch besser besucht, denn es muß eine Selbstverständlichkeit für einen Reichsbannermann sein, daß er den Inhalt der Weimarer Verfassung kennt. Die Versammlung selbst nahm einen sehr angenehmen Verlauf und brachte den Beweis, daß die Reichsbannertruppe in Ruppurr und der Gartenstadt gut steht.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 27. Februar

Geschichtskalender

27. Febr. 1828 *Der französische Orientalist Ernest Renan in Treguier. — 1846 *Der 103. Schriftsteller Franz Wehling in Schlesien. — 1921 *Der Schriftsteller Eugen Jabel in Berlin.

Der Film „Die Schmiede“

Kommt am 5. und 6. März im Konzerthaus zur Vorführung. Es ist ein Film, der ein Bild Leben und Kampf des Proletariats veranschaulicht. Die Handlung des Films ist folgende:

In düsterem Nebel liegt fauchend und glühend das Riesenwerk, Dampf und Feuer atmet im grauen Morgen. Beihint lönt der Pulsschlag der Arbeit aus allen Werkstätten und hinter finsternen Mauern regen sich tausende fleißiger Hände um das lästige Brot. Wälen im Getriebe dieses großen Werkes steht der Schmied Arnold, kräftig den Hammer schwingend. Er und seine Kameraden sind organisierte Arbeiter, während draußen in Werkstätte 18, die unter Leitung des Betriebsleiters steht, nur unorganisierte Arbeiter sind. Ein Teil der Arbeiter befindet sich im Streik, unter ihnen auch der Schloßer Fabian. Da den Unorganisierten keinerlei Streikunterstützung gezahlt wird, sehen er sowie seine Freunde sich gezwungen, den Streik ohne jeden Erfolg abzuwachen.

Dem Schmied Arnold will es trotz eifriger Arbeit nicht gelingen, für seine Mutter und Schwester den Ernährer zu ersetzen, und die Frauen sind gezwungen, Heimarbeit für die Fabrik zu leisten. Hilfe, die ältere der beiden Schwestern, ist mit einem Arbeiter verlobt, der sich dem Trümble immer mehr und mehr ergibt. Die jüngere Schwester Erna kommt bei ihren Lieferungen täglich in die Fabrik. Eines Tages wird der Sohn des Generaldirektors auf das hübsche Mädel aufmerksam und weiß ihr durch allerlei Versprechungen den Kopf zu verdrehen. Zugleich ist es in der Werkstatt der Schmiede zu einer kleinen Revolution gekommen. Diese Männer, bewußt ihres Wertes, wollen nicht mehr für einen Hungerlohn arbeiten und senden daher ihren Vertrauensmann, den Schmied Arnold, zum Generaldirektor Weichold. Von diesem verlangt er sein und seiner Kameraden Recht, doch mit den Worten: „Geht fort mit dem Abblundern, dann Mehrbezahlung“ weist ihn der Generaldirektor ab. Außerdem droht er bei einem Streik der Schmiede sofort sämtliche anderen Arbeiter auszusperren. Arnold bringt diese Weisung seinen Kameraden. Am selben Abend findet eine Betriebsversammlung statt, an der auch der Schloßer Fabian teilnimmt, trotzdem er als selbständiger Handwerker nicht organisiert ist. Auch diesem geht es nicht, trotz fleißiger Arbeit für sich und die Seinen das Nötigste zu verdienen. Am Schluß der Versammlung werden der Betriebsrat und Schmied Arnold beauftragt, den Generaldirektor nach spät abends in seiner Wohnung aufzusuchen und zu verhandeln. Sie machen sich auf den Weg, ohne zu ahnen, daß kurz vor Arnolds Schwester den gleichen Weg gegangen ist, den lobenden Versprechungen des jungen Verhältnisses nicht länger widerstehen können. Die Hausdame empfängt die Arbeiter und führt sie zu dem Direktor Verthold jun., der die Arbeiter verweigert empfangt, nachdem er Erna zu vor im Nebenzimmer verlobt hat. Doch die Arbeiter verlangen den Generaldirektor zu sprechen. Die Unterredung mit ihm führt zu nichts, da dieser sich auf die ihm gegebenen Abschlüsse beruft. Der Streik ist nicht mehr zu vermeiden und die Arbeiter gehen ihres Weges. Nun beginnt die schwerste Zeit der unorganisierten Arbeiter und kleinen Handwerker. Bei Schloßer Fabian ist die Not groß. Die Frau liegt infolge der Entbehrungen krank zu Bett und die kleinen Kinder schreien nach Brot. Hilfe Arnold versucht, trotz der eigenen Not zu helfen. Da ihr Bruder Streikunterstützung bekommen hat, kann sie dem Schloßer Fabian einige Mark zukommen lassen und somit ist für die größte Not gesorgt. Durch den Streik haben sich in den Schächeln und in der Fabrik große Wassermengen angesammelt, die sich ihren Weg durch die Mauern bahnen und das ganze Werk in größte Gefahr bringen. Soll Fischkammern sein und ohne Verbindungen zu stellen, sind plötzlich die freilebenden Arbeiter da, um die Wassnarbeiter zu verdrängen und das Werk vor dem Zusammenbruch zu retten. Nachdem Versuchen der Betriebsrat, Arnold und sein Kamerad eine Einigung zwischen Direktion und Arbeiterchaft herzustellen, doch auch diesmal ist es unmöglich.

Durch das heldenmütige Eingreifen der Arbeiter begünstigen, will die Direktion den Wünschen der Arbeiter endlich nachkommen und der Streik hat nun sein Ende erreicht. Der Betriebsrat verlinket den Sieg und Arnold erweist das Wort, um seinen Kameraden eine lichtere Zukunft zu zeigen. Der einheitliche Zusammenschluß aller Arbeiter unter einer Fahne führt dorthin.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, besucht Mann für Mann die Vorführung, nehm die Frauen und Kinder mit. Sorgt durch eifrige Propaganda dafür, daß es ein Massenbesuch werde. Auch der Bildungsanspruch der Sozial. Partei erfindet, die Parteigenossen, den Film anzusehen.

Eintrittskarten sind bei der Volksbuchhandlung, sowie im Sparrentengeschäft Löpper, sowie bei den Vertrauensleuten der Gewerkschaften zu haben. Es empfiehlt sich, die Karten im Vorverkauf sich zu sichern, da wahrscheinlich keine Wendelände eingetrickt wird.

Das beanstandete Trauerlied

Man schreibt uns: Dieser Tage wurde ein Mitglied des Gesangsvereins „Lassalla“ beerdigt und selbstverständlich widmete der Verein dem verstorbenen Mitgliede zum Abschied noch ein Grablied. Nachdem dies verlesen, begann der evangelische Stadtpfarrer Hemmer mit seiner Gedächtnisrede. In derselben übte er zum Erlernen der Trauerveranstaltung am Text des Liedes Kritik und nannte es ein veredeltes Lied. Der Uneingeweihte wird vielleicht denken, daß die Lassalleaner ein Lied gesungen, das eine freidenkerliche Tendenz aufweise und deshalb verlesen gewirkt habe. Beileibe nicht! Es handelt sich um das bekannte Trauerlied „Sich und ruhig ist der Schlummer“, das schon vor 20 Jahren gesungen wurde, von einem bürgerlichen Dichter stammt und nicht nur von Arbeitervereinen, sondern auch von bürgerlichen Vereinen, ja selbst von solchen mit ausgesprochenen kirchlichen Tendenz zum Vortrag kommt. Damit sich die Leserschaft selbst ein Urteil bilden kann, fügen wir den Text an, der lautet:

Sich und ruhig ist der Schlummer
In der Erde ruhst du schon.
Von des Lebens Not und Kummer
macht der Tod uns freundschaftlich los.
Und zu jenen still-berühmten Gründen
kann kein Schmerz den sichern Eingang finden.

Dieses Vollenzungs hält dem Fiele
sich den Palmzweig empor;
aus dem Streite der Gefühle
geht sein reines Bild hervor;
und ihn lobt noch in Erinnerungen
jeder Gies, den er voll Kraft errungen.

Man kann es ruhig dem Urteil der Leser überlassen, ob dieser Text so gefährlich ist, daß er Ursache zu einer Kritik bei einer Gedächtnisrede bilden kann. Man geht deshalb vorsichtig nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Kritik bei den deutschen Partnern mehr dem Verein hat gelten sollen, wie dem Text des Liedes. Doch sei dem wie ihm wolle, der Stadtpfarrer Hemmer ist für die „Lassalla“ nicht maßgebend, denn was sie für ein Grablied sungen darf. Und bis jetzt hat auch noch keines ihrer Grablieder weder bei einem evangelischen noch einem katholischen Pfarrer Anstoß erregt, nur dem Stadtpfarrer Hemmer blieb dies vorbehalten und er hat damit auch, wie aus verschiedenen Neufierungen zu entnehmen war, seiner Aufgabe nichts genügt.

(2) **Volkstrauertag.** Den Höhepunkt der aus Anlaß des Volkstrauertages hier geplanten Veranstaltungen wird die Gedächtnisfeier bilden, die am Sonntag, dem 1. März, nachmittags halb 4 Uhr, auf dem Friedhof vorzugehen ist. Der Platz und seine Umgebung wird durch die Stadverwaltung mit Pflanzbeerbäumen und sonstigen Grün geschmückt sein; hinter dem Neberpult wird die Stadverwaltung ein ebenfalls grün umhülltes Ehrenmal aufbauen. Die Teilnehmer an der Feier, die gebeten sind, in schwarzer, der Bedeutung des Tages Rechnung tragender Kleidung ohne Reinschmuck u. dgl. zu erscheinen, verammeln sich gewöhnlich auf dem Weg, die zu dem für die Feier vorgesehenen Platz führen; der Platz selbst wird durch hiesige Bedienstete und Polizeimannschaften abgeperrt sein. Ein geschlossener Zug durch den Friedhof findet nicht statt. Das Programm für die Gedächtnisfeier, zu dessen Durchführung sich die Kapelle der Vereinigung hiesiger Polizeibeamter und die Karlsruher Sängervereinigung in freundlicher Weise zur Verfügung gestellt haben, ist folgendes: 1. Musikvortrag: Trauermarsch aus dem Oratorium „Saul“ von Händel. 2. Gesangsbeitrag: „Sanctus“ aus der „Deutschen Messe II“ von Schubert. 3. Gedächtnisansprache (Herr Stadtpfarrer Wilhelm Schulz). 4. Kranzniederlegungen. 5. Gesangsbeitrag: „Mitten im Siernen“ von Fleming. 6. Musikvortrag: „Ich halt' einen Kameraden“. Die Stadverwaltung wird das Ehrenmal an dem Friedhof mit einem Lorbeerzweig schmücken, ebenfalls Kranz niederlegen an den Friedhofgräbern auf dem alten Friedhofe und am Friedhofdenkmal. Auch die hiesige Stadtverwaltung und der Volksbund Deutsche Kriegsgedanktenvereine werden am Ehrenmal auf dem Friedhof Gräber schmücken niederlegen. In den Tagessperrungen ist die Bevölkerung zur Teilnahme an der Feier bereits eingeladen worden. Besondere Einladungen gehen nicht. Für die Vertreter der Verbände werden Plätze im Ehrenmal vorbehalten. Das hiesige Volkstum wird den Straßenbesuchern vor und nach der Feier hinreichend bestärken. Es ist sehr zu wünschen, daß die Bevölkerung der Stadt durch zehnjährigen Besuch die richtige Weihe gibt.

(3) **Jubiläum der Arbeit.** Auf eine ununterbrochene 25-jährige Tätigkeit beim hies. Tiefbauamt kann heute der Arbeiter Oswald Arnold stolz zurückschauen. Da der Arbeiter, der im hiesigen Gemeinwesen, sich überhaupt nicht um die Arbeitervereine kümmert, so sei dem Jubilar auf diesem Wege die herzlichsten Glückwünsche entgegengebracht. Möge der Jubilar, der ein treues Mitglied seiner Organisation und ein langjähriger Arbeiter des Volksbundes ist, noch lange Jahre in voller Gesundheit seinen Arbeitshofen versehen.

(4) **Der Reichsbund der abgebauten Beamten und Lehrer** (Bundesleitung: Berlin-Niederschlesien), der die Interessen aller lebensfähig (unfähig) angefallener Beamten und Lehrer im Reich wahrnimmt, hat eine dauernde Zunahme zu verzeichnen. Allenfalls sind Ortsgruppen des Bundes entstanden. Meldestelle hier, Poststraße 47, 2. Stod.

(5) **Karlsruher Automobilklub** im Karlsruher Künstlerhaus. Die ausgedehnten Versprechungen der auswärtigen Presse zu erfüllen ist und nach wie vor in der Erinnerung der Karlsruher Fahrer haften, als die hiesigen Automobilklub zum ersten Mal in Karlsruhe einhundert zu sehen waren. Handelt es sich bei den von Dr. Erich und Helen Führer geführten, unter der Regie Herbert Neufuß stehenden Werke um eine feste Automobilklub, die in ihrer weiteren, aufgeschlossenen Art einen geträubten Genuß bieten. Volkstheater, Mozart, Offenbach, Schubert, Reichardt, Glud, Dittersdorf, Mariner und andere ranken ihre Musik um unauflösbare Klänge, die einen ganz besonderen, unübertrefflichen Effekt aufweisen. Was die Darsteller betrifft, so braucht man nur die Conzerte zu nennen, die in ihrer Originalität und realistischen Prägung an die berühmte Deutsche Gailbert erinnert.

(6) **Karlsruhe als Kontraststelle in der Deutschlandfahrt** für Motorräder. Drüber wird uns mitgeteilt: Am nächsten Montag, den 2. März ds. Js. werden die an der Deutschlandfahrt für Motorräder teilnehmenden Motorradfahrer (etwa 200 auf der Fahrt von Ludwigshafen nach Stuttgart hier in Karlsruhe durchkommen. Es werden Tagesleistungen von 250 km gefordert, ein Durchschnitt, der von einem guten Motorradfahrer auch zur Winterzeit geleistet werden kann. Einen beträchtlichen Ausmaß hat die diesmalige Deutschlandfahrt dadurch erfahren, daß sie von der Gesamtheit des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs durchgeführt wird und als eine internationale Veranstaltung ausgedacht ist. Der Start findet am 1. März in Köln statt. Die Fahrt geht von dort über Ludwigshafen, Karlsruhe — Stuttgart — Nürnberg — Dresden — Berlin — Potsdam — Hamburg — Bremen und Dortmund zurück nach Köln. Hier in Karlsruhe werden die Fahrer am Montag in der Zeit von etwa 10 bis nachmittags 3 oder 4 Uhr in verstelltem Trupps durchkommen. Sie nehmen den Weg von der Linienheimer Allee aus durch die Stefanienstraße, Karlsruher Straße und Durlacher Allee, um dann über Durlach und Pforzheim nach Stuttgart weiter zu fahren. Im Restaurant „Walden“, das Karlsruher und Karlsruher, ist für jeden Fahrer ein Zimmerschlafentgelt von 20 Minuten bereitgestellt. Hier werden die Fahrer von den hiesigen hiesigen Vereinen, der Stadverwaltung und dem Verkehrsverein begrüßt werden. Die Bewohner der Stadt, insbesondere der oben genannten Straßen, werden gebeten, zur Begrüßung der Fahrer ihre Häuser zu öffnen.

Bereinsanzeiger Bei 4 u. mehr Seiten 10 Hfr. die Seite (Bergungsbereitschaften geben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahmen, aber werden zum Besten der Allgemeinheit verwendet.)

Karlsruhe. Gesangsverein „Lassalla“. Samstag, 28. Febr., abends 8 Uhr. Vereinsversammlung, 8 Uhr. gemütliches Beisammensein der Mitglieder bei Mitglied Frau, Karlsruhe, Akademiestraße. Lassalla. Heute abend 8 Uhr. Singstunde.

Ihr seitheriges Haarwaschmittel wird übertroffen von dem gegen Haarkrankheiten so bewährten „Hilpon“. Kopfwaschpulver. Die medizinischen Bestandteile von „Hilpon“ verschönern die Haare einnehmlich wunderbar; blonde Haare glänzen hell wie Gold, dunkle werden brillant. Viele Dankeschreiben bestätigen dies. Packchen „Hilpon“ um 20 Schilling 2 mal. Nur das echte „Hilpon“ verlangen und nichts anderes nehmen.

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!

Karlsruher Polizeibericht vom 27. Februar

Unfälle. Vergangenen Dienstag Abend gegen 6 Uhr wurde auf der Kaiserstraße zwischen Dirsch- und Douglasstraße ein 7 Jahre alter Knabe von einem Auto angefahren und zur Seite geschleudert. Er erlitt erhebliche oder nicht lebensgefährliche Verletzungen am Kopf und wurde in das städt. Krankenhaus verbracht. Den Führer des Autos dürfte keine Schuld treffen, weil das Kind in das Auto hineingelaufen sein soll. — Gestern vormittag fuhr ein Tagelöhner von hier mit seinem Fahrrad beim Einbiegen von der Markgrafenstraße in die Adlerstraße auf einem Einpännerfahrzeug auf und verlor sich hierbei darauf, daß er ins städtische Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Er hat eine Verletzung davongetragen.

Valuta

nach dem Berliner Geldkurs vom 26. Febr. 1923. In Auszahlung: Belgien 20,98 M per 100 belg. Fr. Holland 167,99 M per 100 fl. Spanien 59,23 M per 100 Pes. Schweiz 90,35 M per 100 Schw. Fr. Italien 18,89 M per 100 Lire. England 19,95 M per 1 Pfd. Sterl. Schweden 113,02 M per 100 Kr. Frankreich 21,55 M per 100 Fr. Oesterreich 5,91 M per 100 000 Kronen. Neupost 4,195 M per 1 Dollar. Slowakei 12,42 M per 100 Kronen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Samstag, 28. Febr.: Wechselnde Bewölkung, zeitweise Regenfälle, mild, böige westliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Schultheis 52; Rehl 169, gef. 3; Maxau 337, gef. 3; Mannheim 223 Zentimeter.

Letzte Nachrichten

Aus dem westfälischen Zentrum

Dr. Berlin, 26. Febr. Ueber die Sitzung des landwirtsch. Zentralrates der westfälischen Zentrumspartei, die sich mit der Haltung der Zentrumspartei in Bezug auf die Wahl zum Reichstag beschäftigt, veröffentlicht die „Germania“ einen parteiunabhängigen Bericht. Danach bekannte sich der überwiegende Teil der Versammlung rückhaltlos zu der Haltung des Abg. v. Papen. Das hinderte jedoch keinen der vielen Diskussionsredner daran, die unbedingte Forderung der Zentrumspartei auszusprechen. Mit einer gegen 4 Stimmen wurde folgende Entschließung angenommen: 1. Der landwirtschaftliche Reichstag ist die Grundlage der Politik der Zentrumspartei und ihr Recht ist unantastbar. 2. Der landwirtschaftliche Reichstag ist die Grundlage der Politik der Zentrumspartei und ihr Recht ist unantastbar. 3. In die Zentrumspartei des preussischen Landtags richtet der landwirtschaftliche Reichstag das Ersuchen, ihren Beschluß einer Resolution zu unterziehen.

Die Lohnverhandlungen mit den Eisenbahnarbeitern

Berlin, 26. Febr. Die Verhandlungen über die Löhne und die Arbeitszeit der Eisenbahnarbeiter, die heute nachmittag zwischen der Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahngesellschaft und den am Tarifvertrag beteiligten Organisationen begonnen wurden, blieben in der ersten Sitzung ohne Ergebnis. Die Gewerkschaften verlangten ein erheblich weiteres Entgegenkommen und wollen von ihren allgemeinen Forderungen nicht absehen. Die Reichsbahn wird sich nun mit diesen Forderungen befassen, worauf die Verhandlungen baldigt fortgesetzt werden sollen.

Mißbrauch der Religion durch Bischöfe

Prag, 27. Febr. (Via. Kundendienst.) Der Sittenbrief der slowakischen Bischöfe, der die Zugehörigkeit zu einer sozialdemokratischen Partei mit kirchlichen Strafen bedroht, scheint eine Regierungstrafe heranzubekommen. Die slowakische Sozialdemokratie hat in der Kammer ein Interpellation gegen diesen Sittenbrief eingebracht und ausführlicher Weise haben auch die slowakischen Nationalisten eine ähnliche Interpellation eingebracht; denn auch sie fordern für die Tschechoslowakei eine Trennung von Kirche und Staat und vor allem die Einführung von Kirchensteuern, denn bisher sind in der Tschechoslowakei die Ausgaben der Kirche aus den allgemeinen Einnahmen des Staates abgedeckt worden, jedoch auch Nichtkatholiken zu ihnen herangezogen wurden. Alle diese Probleme sind nunmehr vollständig durch den Sittenbrief angefaßt worden. Es ist zu erwarten, daß es zu einer scharfen Auseinandersetzung innerhalb der Regierungskontinuität, vor allem zwischen der katholischen Volkspartei und der slowakischen Sozialdemokratie, kommen wird, die den Sittenbrief als politisches Verbrechen betrachtet.

Kommunistenprozesse

München, 26. Febr. Vor dem Großen Strafsenat des Landgerichts begann heute vormittag der Prozeß gegen 174 Angeklagte wegen Teilnahme an dem im Zusammenhang mit dem Hamburger Kommunistenputsch vom Oktober 1923 stehenden Schiffbockler Unruhen, bei denen die Schiffe zwei Tote und fünf Verwundete hatte. Außerdem war ein Polizeinachtmeister von Aufsehern hinterücks erschossen und fünf ältere Personen künften ihr Leben ein. Der gesamte Prozeß dürfte mehrere Monate dauern.

Neuregelung des Personalabbaues

Berlin, 26. Febr. Dem Reichstag ging der Entwurf eines Gesetzes über die zweite Forderung der Personalabbauregung zu. Die Regierung will jetzt, nachdem der allgemeine Personalabbau mit Ende 1924 das durch die Verhältnisse notwendig gewordene Maß im wesentlichen erreicht hat, die Entscheidung der Frage, in welchen Verwaltungen ein weiterer Abbau zu erfolgen habe, der restlichen Gesetzgebung übertragen. Den Abbanartikel schon jetzt gänzlich aufzuheben, ist nach Auffassung

der Regierung nicht angängig, weil tatsächlich noch Reichsverwaltungen vorhanden sind, deren Personalbestand verringert werden kann, sobald eine Geschäftsbereinfachung oder Geschäftsentlastung eingetreten ist. Nach Berücksichtigung des Gesetzes soll ein allgemeiner Abbau von Beamten und Angestellten nicht mehr möglich sein.

Der Konflikt mit Rumänien

Bukarest, 27. Febr. In einer in der gestrigen Sitzung des Kammerausschusses gehaltenen Rede über die auswärtige Politik Rumaniens befahte sich der Außenminister Duca auch mit dem Konflikt mit Deutschland. Der Minister betonte, daß Rumänien nicht unbedingt daran festhalte, gegen Deutschland wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, vielmehr den Wunsch hege, mit der deutschen Regierung in Verhandlungen zu treten, wie es auch bisher in allen Fragen, in denen es sich um die Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten handelte, stets Entgegenkommen gezeigt habe. Deutschland müsse aber einen Weg zeigen, der zur Erfüllung der Ansprüche Rumaniens führe, da Rumänien nicht zulassen könne, daß sein gutes Recht nicht anerkannt werde. Nach der Sitzung des Ausschusses ergänzte Minister Duca seine Ausführungen durch Erklärungen, die er Pressevertretern gegenüber gab. Er bezeichnete vor allem alle Nachrichten über bereits zur Anwendung gebrachte Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland als unzutreffend und wiederholte die Erklärung der Geneigtheit der rumänischen Regierung, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten. Die rumänische Regierung sei bereit, ihre Ansprüche herabzusetzen, ganz auf sie verzichten könne sie jedoch keinesfalls. Von der Haltung Deutschlands werde es abhängen, ob Rumänien zu Zwangsmaßnahmen greifen müsse oder nicht.

Landesverratsprozeß

Braunschweig, 26. Febr. Der Strafsenat des Oberlandesgerichts Braunschweig verhandelte gegen den früheren Landwirt Friedrich Hoffmeister und den Händler Heinrich Gattermann aus Seesen wegen Verrats militärischer Geheimnisse. Die Angeklagten sind beschuldigt, versucht zu haben, durch ehemalige Angehörige des Goslarer Jägerbataillons militärische Schriftstücke zu erlangen, deren Inhalt im Interesse der Sicherheit des Deutschen Reiches geheimgehalten war. Hoffmeister wurde wegen verübten Verrats militärischer Geheimnisse zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Gegen Gattermann wurde wegen Verrats auf 2 Jahre Zuchthaus 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Die Angeklagten hatten beabsichtigt, die fraglichen Schriftstücke den Separatisten im Rheinland und durch diese wieder den Belgiern und Franzosen zuzuleiten.

Vereins-Anzeiger

Münster. (Arbeiter-Gesangsverein.) Sonntag mittags 3 Uhr Generalsammlung des neugegründeten Arbeiter-Gesangsvereins im „Erbsen“. Alle Freunde des Arbeitergesangs sind eingeladen.

Rohrstühle werden dauerhaft geflochten, repariert. Joseph Reis, Schiffschreier, Lützenstraße 44. Karte genügt. Beste die höchst. Preise am Neuen Platz, ausgegangen. Frauenhaare. Doktor Deder Haarhanblg.

- Plankuch
- Süßsen
- rüchte
- Linsen 28 Pfg.
- 42 Pfg.
- 52 Pfg.
- Erbsen gelbe, halbe geschälte 19 Pfg.
- Weißer Bohnen 28 Pfg.
- Frankfurter Würstchen 20 Pfg.
- Plankuch

Rahma
MARGARINE
buttergleich

Es streckt nach ihr sich jede Hand
Im ganzen deutschen Vaterland
Weil sie das, was man längst vermißt
In köstlichster Vollendung ist.
Fein wie Butter! Billig wie Margarine!

1/2 Pfd. nur 50 Pfg.
Kbinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis!

Neu erschienen: „Fips Lachzeitung für liebe kleine Kinder“.

Billige Anzug-Tage

- Herren-Anzüge in den neuesten Mustern u. mod. Ausführung 38.-
- Herren-Anzüge „Eigene Herstellung“ meine Spezialität 48.-
- Burschen-Anzüge aus mod. hell genust. Stoff 28.-
- Knaben-Anzüge all. Art. in vielseitiger Auswahl 8.-
- Konfirmanten- u. Kommunikanten-Anzüge alle Größen, in bewähr. blauen u. dunkl. Stoff 24.50
- Frühjahrs-Schlüpfer „Eigene Herstellung“ nur 32.-
- Gummi-Mäntel erstkl. Fabrik 36.- 30.- 28.- 25.- 21.-
- Loden-Mäntel Schlüpferform 45.- 38.- 23.-
- Herren-Hosen in reichhalt. Auswahl f. jede Figur passend 4.-
- Windjacken in nur prima Qualitäten und vorzüglicher Passform.
- Mancheſter Sport-Anzüge Herr. 40.- 31.-
- Sport-Anzüge Bursch. 28.50
- Sport-Breech.-Hosen 13.50
- lg. Manch.-Hosen 13.- 10.60
- Moderne Herren-Stoffe f. viele Ausw. Met. 26.- 22.- 17.- 12.- 7.50 6.50 3.50
- Maß-Anfertigung in erstklassig. Verarbeitung sow. teiner. Maß-Konfektion

Julius Löwe Karlsruhe nur Südstadt Wackerplatz 25

Für Arbeiter!
Blaue Arbeitsanzüge in großer Auswahl und bester Qualität offeriert billigst.
Axelrad's Etagen-Geschäft, Eisenwienstraße 32, 1583

Schlafzimmer-Bilder
Preiswert. Bilder für alle Räume. Einrahmung. Schlafers Kunsthandlung, Kaiserstraße 38, 4613

Arbeiter! Werbet für Euer Zeitung!

Aus altem Zeug ein neu Gewand?
Nimm die **Frauenwelt** zur Hand!

30 Pfg. das Heft, mit Schnittmuster 40 Pfennig

Zu beziehen:
Volksbuchhandlung Karlsruhe
Adlerstraße 43, Telefon 3701

Freiwillige Feuerwehr.

Wir legen hiermit unsere Corpsmitglieder von dem Ableben unseres Kameraden **Jakob Oberst** Schneidermeister

Wehrmann 1. Kompanie, geziemend in Gedenken. — Die Beerdigung findet Samstag, den 28. Februar, nachmittags 3/4 Uhr statt und haben sämtliche Kameraden der 1. Kompanie vollzählig zu erscheinen. Die Kameraden der übrigen Kompanien werden zu zahlreicher Beteiligung eingeladen. Versammlung 3 Uhr am Friedhofsgang in Dienstkleidung.

Das Oberkommando:
Hauptmann Schöberl. Schöberl.

DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK
KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN

DN
Kapital und Reserven 100 Millionen Reichsmark
FILIALE KARLSRUHE (Baden)
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte



Wir pflegen alle Zweige des bankgeschäftlichen Verkehrs und sichern pünktliche Erledigung der uns erteilten Anträge zu.
Für Spareinlagen gewähren wir bestmögliche Verzinsung.

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe
mit Depositenkasse am Bahnhofplatz u. Niederlassung in Mühlburg



BADISCHE BANK

Mannheim Karlsruhe
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Erste Karlsruher Leiternfabrik
R. Raible, Karlsruhe i. B.
Bismarckstrasse 33
Gegr. 1892 Tel. 5842
Herstellung von Leitern für Industrie, Gewerbe u. Haushalt - Holzwaren, Wäschetrockner, Fenstertritte usw.



Bankhaus Straus & Co.

Karlsruhe

Kaufen Sie nur die

Aeska-Karamellen

Adolf Speck A.-G. Zuckerwarenfabrik

Bankhaus Veit L. Homburger

11 Karlstrasse 11 KARLSRUHE 11 Karlstrasse 11

Nur für Wiederverkäufer! **Deutsche Bekleidungs-Industrie** G. m. b. H.

Karlsruhe Ettlingerstraße 12 (am Hauptbahnhof) Karlsruhe
Abteilung I Abteilung II
Sport- und Arbeiter-Konfektion Damen- und Herrenwäsche
Beste Verarbeitung - Billige Preise - Lagerbesuch lohnend.

Lederfabrik Durlach
HERRMANN & ETLINGER

G. m. b. H.
Schuhoberleder, Handschuhleder, Bekleidungsleder, Portefeuilleleder

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Filiale Karlsruhe, Kaiserstraße 146, gegenüber der Hauptpost.
Depositenkasse „Markt“ Wechselstube am Marktplatz (im Hotel Grosse)
Depositenkasse „Werderplatz“ Wechselstube im Hauptbahnhof

Dampf-Rosshaarspinnerei
Carlo Pacchetti & Co.
Karlsruhe G. m. b. H. Tel. 1740

Feine Obstkonserven, Obstkonfitüren, Marmeladen, Fruchtsyrupe
garantiert rein

FLACH & Co., Karlsruhe

Telefon 820 und 482

Telefon 820 und 482

Fahrschule für Kraftfahrzeuge
CHR. DALHOFER
Karlsruhe, Degenfeldstr. 7-9
Telefon 5677

IN KARLSRUHE
Am
Mühlburger Tor



IN KARLSRUHE
Am
Mühlburger Tor

- FERNSPRECHER NR. 4235 -

- FERNSPRECHER NR. 4235 -

Sinner-Fabrikate sind von unübertrefflicher Qualität!

Biere
Liköre u. Edelbranntweine
Presshefe
Weizen- und Roggengemehle
Bachpulver
Edel-Pudding
Eispulver
Vanillinzucker
„Sinner“ Stärkepulver
Haferkakao
Haferflocken
Hafermehl
Malzkaffee
Konfitüren- u. Obstkonserven
Gelees und ff. Marmeladen
Speisenwürze

SINNER A. G. KARLSRUHE-GRÜNWINKEL

Karlsruhe 1924 Staatspreis und Goldene Medaille (Höchste Auszeichnung)



Spezial-Angebote!

Steingut	Holzwaren	Porzellan
Waschgarnituren dekor. 5,95 4,25 3,75	Putz- und Wischkästen . . . 1,95 1,25	Kaffeetassen weiß, mit Untertassen . 0,35
Tonnengarnitur mit Delft, 16 teilig 12,50	Messerkästen 3teil. 0,95	Teetassen m. Untertassen, mit Goldrand od. dekoriert 0,45
Kindergarnituren m. bunt Dek. 4teil. 0,95	Holzgarnituren 1,95 1,25 0,95	Kindertassen mit Bildern 0,35
Satz Schüsseln weiß, 6 teilig . . . 1,45	Servierbreiter 1,75 1,25	Kaffeeservice mit Blumendekor, 9tlg. 4,50
Satz Schüsseln bunt, 6 teilig . . . 1,95	Handtuchhalter 2,25 1,35	Satz Milchkrüge m. Blumendek., 6tlg. 2,75
Bierkrüge, grün m. weiß 1,25	Hakenleisten 1,25 0,95	Satz Gewürztonnen mit Goldrand und Blumendek., 6tlg. 1,75
Milchtöpfe, Zwiebelm. 1/2 l 1,1	Klosettpapierhalter, weiß 0,95	Tonnengarnitur mit Goldrand und Golddekor, 14tlg. 9,50
0,65 0,75 0,95	Kochlöffel mit kl. Fehlern 0,12 0,10 0,08	Butterdosen weiß 0,95 0,65
Fleischplatten glatt, oval 0 600 40 0,30	Kartoffelstampfer 0,65 0,55	
Gemüseschüsseln oval 0,95 0,65	Nudelrollen 0,95	Glaswaren
Kinderbecher bunt dek. 0,35 0,30	Ahornbrettchen 3 Stück 1,25	Satz Schüsseln 3teilig 1,25
Obertassen, weiß 0,15 0,12	Wandspiegel mit Holzrahmen. 1,25 0,95	Sturzflaschen mit Becher 0,65
Teller, glatt, tief und flach 0,16	Sand-Seife-Soda-garnitur 3,75 2,95	Kuchenteller 1,25 0,95
Salz- oder Mehlmetzen, weiß . . . 1,10	Patentwäscheklammer Dtzd. 0,25 0,15	Kompotteller 0,10
Teigschüsseln braun m. weiß 1,95 1,45	Kleiderbügel 0,15 0,08	Salziässer 0,20 0,15
Nachtöpfe, weiß und bunt 0,95	Kaffeemühle m. geschmied. Werk 3 25 2,25	Likörgläser 0,20 0,15
		Bierservice mit Blumendekor, 7tlg. 6,50 5,50

SCHMOLLER

COLOSSEUM
Die große Revue
Karnevalsträume
Unwiederlich
nur bis einschl. Samstag, 28. Febr.

BERUFS-KLEIDUNG
ALLER ART


Herren-Anzüge
Sport-Anzüge
Windjacken
Bogener Mäntel
Breeches-Hosen
feldgraue Hosen
Sonntags-Hosen
Manchester-Hosen
engl. Leder-Hosen
Zwirn-Hosen
Lodenjoppen
sowie jümtliche Sorten Schuhwaren
offert billig

blane Arbeitsanzüge
graue Drillanzüge
Gipferanzüge
Fuhrmannsbüsen
Kochjacken
Weggerjacken
Pogermäntel
Laboratorinmümtel
Malerhäuten
Gegermäntel
Eisendahnerhütten

Weintraub, Kronenstr. 52.

Sonder-Angebot!
Herrenkleiderstoffe 3,90
nur ausgesucht prima Qualität,
neueste Dessins, per Meter Mk.
18.-, 16.-, 12.-, 10.-, 6,50

Lagerbesuch für jedermann lohnend!
Arthur Baer Kaiserstraße
Nr. 133
Eingang Kreuzstr. Gegenüber der kl. Kirche
Verkaufsräume nur eine Treppe hoch.

„Spanischer Garten“
Von Spanien
frisch eingetroffen ein Waggon
Rot-Orangen, süß und saftig.
Offeniere solche solange Vorrat!
Per Stück v. 6 Pf. an, per 10 Stück 55 Pf.
Ferner frische Citronen von 5 Pf. an
per 10 Stück 45 Pf., sowie Caneische
Bananen, Datteln, Feigen u. alle Sorten
Nüsse stets frisch und zu billigsten
Tagespreisen 1576

Beste Bezugsquelle für Privat- und
Wiederverkäufer.

Juan Font
Hauptgeschäft: Kaiserstr. 227 - Tel. 630
Filiale Waldhornstr. 25. Eing. Kaiserstr.

Ab Heute: Erstaufführung
DER LETZTE MANN
REGIE: F.W. MURNAU
mit Emil Fannings
auch aus „Quo vadis“ noch in Erinnerung

Felix der Kater!
Felix auf dem Rummelplatz.

Zum Stadtgespräch
ist nach fortwährenden Aeußerungen meiner Kunden mein
Total-Ausverkauf
geworden. Diese einzige Gelegenheit, prima Schuhwaren
zu spottbilligen Preisen einzukaufen, wird anerkannt.

Ich empfehle besonders reichhaltig:
Herrenstiefel in nur kräftigster Strapazier-Qualität, genäht und
Rahmenarbeit.
Damenstiefel in Strapazier- und eleganten Hochschäftern bis zu halben Preisen.

Damen und Mädchen
mit Nr. 35, 36, 37, finden in Halbschuhen und Stiefeln
außerordentliche Gelegenheitskäufe.

Schuhhaus Haller
Kaiserstraße 60

Nach ordnungsgemäßer Berufsausbildung mit Prüfung sowie
längerer Betätigung in der Privat-, Krankenkassen- und Schul-
zahnpraxis, habe ich mich in meiner Heimat zur Aus-
übung der
Zahnbehandlungs- und Ersatzkunde
niedergelassen.
Amalienstr. 10 Fried Reinhardt.

Badische Lichtspiele
für Schule und Volksbildung
Konzerthaus
Heute Abend 8 Uhr: Erstaufführung
Der Vatikan in Kunst- u. Geschichte
Römischer Originalfilm
mit Vortrag von Herrn Professor Graf

Wiederholungen: Samstag, 28. Februar und Sonntag,
1. März, jeweils nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr -
Montag, 2. März u. Mittwoch, 4. März, jeweils abends 8 Uhr,
Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags.

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße.
Preise: 1,70 Mk., 1,50 Mk., 1 Mk., 0,50 Mk. Studierende und
Schüler gegen Ausweis halbe Preise. 1582

Plakate aller Art liefert rasch und billig
Buchdruckerei Geck & Cie.
KARLSRUHE, Luisenstraße 24.

Pfannkuch
Neues
Silber-Sauerkraut
12 Pf.
1 Senter
10.-
Norddeutsches
und bairisches
Rauch-Fleisch
50 Pf.
1 Pf. 1,90
Pfannkuch

10 gut erhaltene
helleisene
Waschtische
zusammen oder einzeln
zu verkaufen.
Kriegsstr. 88.

Wissen Sie schon?
von der billigen Bezugs-
quelle für schöne, weiße
Bettfedern!
Daunen!
und
sowie sämtlichen
Aussteuer-Artikeln

Wertheimer
Karlsruhe
Kreuzstr. 40